Danziger Volksstimme

Die „Danziger Volksstimme“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreise: In Danzig bei freier Zustellung ins Haus monatlich 2,60 Mk., vierteljährlich 7,80 Mk. — Postbezug außerdem monatlich 80 Pfg. Zustellungsgebühr. Redaktion: Am Spendhaus 6. — Telephon 720.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene Zeile 60 Pfg., von auswärts 75 Pfg., Arbeitsmarkt u. Wohnungsanzeigen nach bes. Tarif, die 3-gespaltene Reklamezeile 200 Pfg. Bei Wiederholung Rabatt. — Annahme bis früh 9 Uhr. Einzelnummer 15 Pfg. — Postscheckkonto Danzig 2945 Expedition: Am Spendhaus 6. — Telephon 3290.

Nr. 30 | Donnerstag, den 5. Februar 1920 | 11. Jahrgang

Die Auslieferungskrise.

Die Auslieferungsnote überreicht.

Dienstag wurde vom französischen Ministerpräsidenten Millerand dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation, Freiherrn v. Lersner die Note überreicht, in der die Entente die Auslieferung von etwa 900 Deutschen fordert.

Obwohl Herr v. Lersner bereits am letzten Sonnabend die ausdrückliche Weisung erhalten hatte, eine derartige Note ohne weiteres an das Auswärtige Amt weiterzuleiten, hat er die Note an Herrn Millerand zurückgesandt mit der Erklärung, daß er es mit seinem Gewissen nicht vereinbaren könne, bei der Auslieferung Deutscher mitzuwirken. Herr v. Lersner hat telegraphisch seine Entlassung aus dem Reichsdienst nachgesucht und sofort erhalten.

Der offizielle Inhalt der Note ist der Berliner Regierung noch nicht bekannt geworden. In den Berliner Blättern wird aber folgender Auszug aus der Liste veröffentlicht:

Herzog Albrecht von Württemberg, Sixt v. Armin, Prinz Rupprecht von Bayern, vier Herren v. Below, darunter Otto v. Below, Graf v. Bernstorff, v. Beseler, v. Bethmann Hollweg, Otto v. Bülow, E. v. Capelle, Graf Carmer, v. Deimling, Deimler, Dschemal Pascha, Enver Pascha, Prinz Ernst von Sachsen, Freiherr v. Falkenhausen, v. Falkenhayn, v. Gallwitz, v. Gebsattel, v. Gemmingen, Alfred v. Glasenapp, Graf v. Häseler, v. Hausen, v. Haniel, Großherzog von Hessen, Generalfeldmarschall v. Hindenburg, Prinz August von Hohenzollern, Prinz Eitel Friedrich von Hohenzollern, Kronprinz Friedrich Wilhelm, Prinz Oskar von Hohenzollern, Prinz Friedrich von Preußen, v. Ingenohl, v. Kluck, Linsingen, General Ludendorff, Generalfeldmarschall v. Mackensen, Herzog von Mecklenburg, v. Moltke, Oberbürgermeister Sahm, Reinhold Scheer, Talaat Pascha, von Tirpitz, v. Troitha, Tualff v. Tschepe, Graf Waldersee, Zimmermann.

Stellungnahme der Reichsregierung.

Berlin, 4. Feb. (W. T. B.) Die Beratung der Reichsregierung, die auf der Grundlage der inoffiziell bekannt gewordenen Liste stattfand, ergab volle Einmütigkeit darüber, daß an dem Standpunkt, wie er aus der am 23. Januar in Paris überreichten Note ersichtlich ist, unter allen Umständen festzuhalten sei. Die Ueberzeugung, daß die Durchführung der verlangten Ausführung unmöglich ist, wird sie bei den weiteren notwendig werdenden Maßnahmen und Verhandlungen leiten. An den Beratungen der Reichsregierung nahm der Reichsfinanzminister Erzberger teil, der nach dem Attentat zum ersten Male wieder in einer Kabinettsitzung erschien. Die Geschäfte der Friedensdelegation wird vorläufig der rangälteste in Paris anwesende Beamte führen.

Ein Vorschlag der deutschen Regierung.

Die deutsche Regierung hatte am 25. Januar der Entente eine Note überreicht, in der sie sich verpflichtete, gegen alle Deutschen, die von den alliierten und assoziierten Regierungen als eines Verstoßes gegen die Gesetze und Gebräuche des Krieges schuldig benannt werden, unverzüglich ein Strafverfahren auf Grund des zu übergebenden Materials einzuleiten und den jeweils beteiligten alliierten und assoziierten Regierung das Recht einzuräumen, sich an dem Verfahren, für das das Reichsgericht in Leipzig als höchstes deutsches Gericht in Frage käme, unmittelbar zu beteiligen.

Die Note weist auf die politischen und wirtschaftlichen Folgen hin, die ein anderes Verfahren in Deutschland auslösen würde. Würde die Entente auf die Auslieferung der angeschuldigten Personen bestehen, so würden sich aller Voraussicht nach nur solche Personen freiwillig ausländischen Gerichten stellen, die sich schuldlos fühlen und deshalb auf eine Freisprechung rechnen können. Die wirklich Schuldigen dagegen würden der Bestrafung entgehen, da die Regierung, wie in der anliegenden Aufzeichnung näher dargelegt ist, keine Organe finden würde, die bereit wären, die Verhaftung und Auslieferung durchzuführen.

Eine Kundgebung Noskes.

Der Oberbefehlshaber Noske erläßt folgende Kundgebung:

Würde bewahren! — So groß auch die Erregung in der Bevölkerung wegen des Auslieferungsbegehrens der Ententeregierungen ist, muß doch der Erwartung Ausdruck gegeben werden, daß von jedermann die gebotene Würde auch insofern bewahrt wird, daß jede Belästigung von Mitgliedern der fremdländischen Missionen und militärischen Kommissionen unterbleibt, so daß ich nicht genötigt werde, weitergehende Schutzmaßregeln zu treffen.

Der Oberbefehlshaber:
gez. Noske.

*

Es kann kein Zweifel darüber bestehen, daß die Auslieferungsnote Deutschlands in ungeheure Schwierigkeiten stößt. Die deutsche Regierung hatte zwar bei der Unterzeichnung des Friedensvertrages im Sommer vorigen Jahres der Auslieferung zugestimmt, um für das deutsche Volk endlich den Frieden zu erhalten. Die Ausführung dieser Friedensbestimmungen ist aber eine Unmöglichkeit.

Es gibt wohl keinen Menschen im ganzen Ausland, der da glaubt, die deutsche Regierung sei imstande, ein paar hundert Menschen nach Belieben der Entente, darunter Persönlichkeiten, die sich in manchen Volksschichten immer noch großen Ansehens erfreuen, wie maulkorblose Hunde zusammenfangen und abtransportieren zu lassen. Es braucht nicht gesagt zu werden, daß uns Sozialdemokraten große Namen nicht blenden und daß wir allen, die durch unmenschliche Behandlung wehrloser Menschen Schuld auf sich geladen haben, die Strafe gönnen, die sie verdienen. Es gibt aber weder in der Sozialdemokratie noch gar rechts von ihr irgend jemanden, der die Auslieferungsforderung der Entente für gerecht und vor allem, der sie für durchführbar hält.

Als im Juli 1914 die österreichische Regierung in ihrem berüchtigten Ultimatum an Serbien die Forderung aufstellte, den österreichischen Behörden soll erlaubt werden, sich an der Untersuchung der Ursprünge des Attentats von Serajewo auf serbischem Boden zu beteiligen, erhob sich in der ganzen europäischen Presse ein wahrer Entrüstungsschrei gegen diese unerhörte Zumutung. Die Bewilligung dieser Forderung sei das Ende Serbiens als selbständiger Staat, so lautete das allgemeine Urteil, dem sich auch die sozialdemokratische Presse Deutschlands mit der größten Entschiedenheit anschloß. Als dann die serbische Regierung von Wien eine nähere Erklärung dieses Punktes erbat und dabei die Ansicht durchklingen ließ, Oesterreich wolle in die Verfolgung der Verdächtigen und damit in die serbische Rechtspflege eingreifen, da wies die österreichische Antwortnote eine solche Auffassung mit dem größten Nachdruck zurück. Sie erklärte es für eine Unterstellung, daß Oesterreich in die serbische Rechtsprechung eingreifen wolle, und versicherte, nichts anderes sei beabsichtigt als eine Mitwirkung österreichischer Polizeiorgane an der Feststellung der Schuldigen. Trotzdem blieb die öffentliche Meinung der Welt mit Recht dabei, daß Oesterreich den Bogen weit überspannt habe.

Jetzt hat die deutsche Regierung der Entente selber etwas angeboten, was die österreichische Regierung von der serbischen garnicht verlangt hatte. Sie ist bereit, die von der Entente als verdächtig bezeichneten Personen vor ein deutsches Gericht zu stellen und Organe der Entente an diesen Akten der Rechtsprechung teilnehmen zu lassen. Dieser Entschluß zeigt, in welche furchtbare Lage wir geraten sind und zu welchen Zugeständnissen die deutsche Regierung bereit ist, um der unmöglichen Forderung der Auslieferung deutscher Reichsangehöriger an feindliche Gerichte zuzugeben.

Wenn die Entente dennoch auf die Auslieferung besteht, so zeigt sie damit, daß es ihr garnicht darauf ankommt, ein Recht zum Siege zu verhelfen, sondern daß ihre Absicht ist, Deutschland durch Hervorrufung immer neuer innerer Krisen gänzlich zu ruinieren. Aber eigentlich, wenn man in diesem Zusammenhang von der Entente als einem Ganzen spricht, so ist auch das schon unrichtig. Es wären nur die englische und die französische Regierung, die auf die Auslieferungen beharrten, während alle andern Regierungen erklärten, an ihnen gar kein Interesse zu haben. Diese Regierungen haben die Auslieferungen niemals gewünscht, sie haben nur England und Frankreich sozusagen achselzuckend ihren Willen gelassen. Mittlerweile ist auch in England ein tiefgreifender Umschwung eingetreten, sodaß es eigentlich von der ganzen Entente nur noch Frankreich ist, das mit ungebrochenem Eigensinn an dieser Forderung festhält. Würde etwa in einer Versammlung der Mitglieder des Völkerbundes eine Abstimmung darüber vorgenommen werden, ob an dieser Forderung festzuhalten sei oder nicht, so würde sich die Versammlung gegen wenige Stimmen für den Verzicht aussprechen.

Die internationale Lage ist so unsicher wie nur je zuvor. Was wir vom Osten her zu erwarten haben, das weiß kein Mensch. Die Wirtschaftslage bürgt für alle Völker unabsehbare Gefahren. Es wird garnicht mehr so lange dauern, bis jedermann einsehen wird, daß die Welt ein lebens- und leistungsfähiges Deutschland braucht, wenn sie nicht durch Deutschlands Sturz mit in den Abgrund gerissen werden will. Die Kurzsichtigkeit, mit der die hartnäckigen Forderer der Auslieferung zu Werke gehen, ist höchstens nur noch mit jener zu vergleichen, mit der die Mittelmächte vor 5½ Jahren in den Weltkrieg gegangen sind.

*

Eine englische Stimme der Vernunft.

Die liberale „Daily News“ schreibt zu der Forderung der Entente auf Auslieferung der Deutschen, denen Kriegsverbrechen zur Last gelegt werden:

Man könne nicht verstehen, wie vernünftige und ehrlich denkende Leute anders als mit Besorgnis die Auslieferungsforderung der alliierten Regierungen, wie sie gemeldet wurde, betrachten könnten. Es wären sehr starke Anzeichen dafür vorhanden, daß die in dieser Frage drohende Aktion der Alliierten in Deutschland mehr Unruhe als alle anderen Maßnahmen, die der Friedensvertrag im Gefolge habe, stiften werde.

Das Blatt tritt dafür ein, daß der Gerichtshof aus neutralen Richtern zusammengesetzt werde, und daß Männer aller Nationalitäten, denen Kriegsverbrechen zur Last gelegt werden, und nicht nur Deutsche vor diesem Gerichte zur Verantwortung gezogen werden, denn Deutschland müsse davon überzeugt werden, daß Gerechtigkeit und nicht Rache gesucht werde.

Zur Auslieferungsfrage.

Das Münchener Parteiorgan der Unabhängigen „Der Kampf“ veröffentlicht in seiner Nummer vom 28. Januar einen Artikel zur Frage der Bestrafung Wilhelms II. durch die Entente, in dem die juristische Unmöglichkeit der Forderung nachgewiesen wird. Es gibt eben kein internationales kodifiziertes Recht, aufgrund dessen der Exkaiser von einem internationalen Gerichtshofe abgeurteilt werden könnte. Interessant ist, was der Verfasser über die sozialistische Haltung in der Angelegenheit zu sagen weiß. Er schreibt:

„Als Sozialisten aber müssen wir die stärksten Bedenken gegen die Strafverfolgung Wilhelms II. haben. Wiewohl wir nicht leugnen, daß einzelne zum Kriegsausbruch wesentlich mitgewirkt haben, und nicht zuletzt Wilhelm II., so sind wir doch der Ueberzeugung, daß letzten Grundes der Krieg aus dem ganzen kapitalistisch-imperialistischen, machthungrigen Zeitgeist entsprungen ist, demgegenüber die einzelnen Kriegshetzer nur die Exponenten dieses Geistes sind. Deshalb müssen wir fürchten, daß mit der Aburteilung Wilhelms II. dieser als Sündenbock erscheinen wird, auf den man die gesamte Schuld der kapitalistisch-imperialistischen Welt häuft, ihn mit dieser beladen „in die Wüste“ schickt, sodaß allmählich sich das der Wahrnehmung entzieht, was das Grundübel unserer Zeit ist, was die tiefste Kriegsursache bedeutet: der Machtfanatismus, die innen- und außenpolitische arrogante Gewaltpolitik der herrschenden Gesellschaftsklassen. Alles in allem wäre unseres Erachtens eine leichte Lösung der Kaiserfrage gewesen, die Aburteilung vor einem neutralen Gericht. Dann wäre eine höhere Gewähr dafür geschaffen, daß die ententistische Welt die Verurteilung Wilhelms II. nicht zur Rechtfertigung ihrer kapitalistischen Tendenzen mißbraucht.

Gar zu leicht wird übersehen, daß Wilhelm II. durch das Vorgehen der Entente in eine Rolle gebracht werden kann, die ihn als Märtyrer erscheinen läßt. Unsere Alldeutschen warten natürlich nur darauf, weil sie hoffen, auf diese Weise einen Resonanzboden für ihre reaktionären Bestrebungen zu finden.“

Traurige Folgen der Ostmarkenpolitik.

Unser Breslauer Bruderblatt schreibt:

Die deutsche Ostmarkenpolitik unseligen Angedenkens hatte der „Germanisierung“ polnischer und gemischtsprachiger Gebiete dienen. Die polnisch sprechende Bevölkerung wurde durch dumme Nadelstiche aufgereizt und zur Gegnerschaft gegen das Deutschtum erzogen. Und weil das Leben in den Ostmarken für deutsche Beamte und Lehrer so „schwer“ war, erhielten sie besondere Zulagen zu ihren Gehältern. Kein Wunder, wenn sie sich eifrig bemühten, die Zahl der Polen in ihren Ortschaften möglichst groß erscheinen zu lassen. Was irgend ein paar Brocken polnisch sprach, wurde bei den Volkszählungen den Polen zugebucht. Auf diese Weise kam man an den verschiedensten Orten zu der ersehnten Ostmarkenzulage. Bei den Friedensverhandlungen in Paris hatten es die Polen dann sehr leicht, auf Grund der deutschen Volkszählungsergebnisse Gebiete für sich zu fordern, die niemals zu Polen gehört haben, und die fast keine Polen beherbergen. Sieht man sich die Reihe der Städte und größeren Ortschaften an, die jetzt zu Polen kämen, so fällt [illegible] man nicht wenig erstaunt, wie dieser im Werden begriffene Staat hierauf ein Anrecht erheben kann. Auf unseren Agitationsreisen sind wir doch dort überall hingekommen, haben deutsch zu der Bevölkerung gesprochen und sind stets gut verstanden worden. Nichts, aber auch rein gar nichts haben wir davon gespürt, daß wir uns auf „polnischer Erde“ befanden. Lissa, Rawitsch, Krotoschin, Schildberg, Kempen, Kreuzburg, welchem Leser der „Volkswacht“ sind nicht diese Namen als alte Parteiorte von uns bekannt? Und wenn in jenen Orten ist es jemals eingefallen, von Deutschland los zu Polen zu wollen? Selbst der polnisch sprechenden Bevölkerung ist derartiges niemals in den Sinn gekommen. In den Kreisen Guhrau, Namslau und Groß-Wartenberg sollen reindeutsche Dörfer in großer Zahl einfach zu Polen geschlagen werden. Zum Teil sollen die Bewohner nicht einmal das Recht haben, über ihre Staatszugehörigkeit abzustimmen.

Doch für alle diese Ungeheuerlichkeiten darf man die Schuld nicht auf der Seite der Entente und nicht auf der der Polen allein suchen. Denn wer in Frankreich kann genau wissen, wie es bei uns im Osten aussieht, werden doch die wenigsten Franzosen in allen Einzelheiten ihres eigenen Landes genau Bescheid wissen. Und die Allpolen unterscheiden sich in ihrer Ländergier auch nicht von unseren Alldeutschen. Die Haupt-

schuld liegt bei uns im eigenen Lande, bei jenem angenehmen Teile von Volksgenossen, die um ein paar Silberlinge Ostmarkenzulage deutsches Land in polnische Erde umgetauft haben. Von deutscher Seite war bei den Pariser Verhandlungen mit den Polen niemand zugegen, und heut ist es schwer, die Gegner von dem schweren Unrecht zu überzeugen, das der deutschen Bevölkerung des Ostens durch den Friedensvertrag zugefügt wurde. Doch Unrecht bleibt Unrecht, und darf nicht von dauerndem Bestande sein. Im Rahmen des Völkerbundes muß eine Revision des Versailler Vertrages mit Beharrlichkeit angestrebt werden. Besser wäre es freilich, wenn überhaupt kein Ort ohne Abstimmung an Polen überantwortet würde.

Schwenkung der Ententepolitik.

Nicht geringes Aufsehen hat in Deutschland die Nachricht der „Westminster Gazette" erregt, daß Lloyd George eine völlige Schwenkung in seiner Friedenspolitik vollzogen habe. Der englische Premierminister soll jetzt auf dem Standpunkt stehen, daß in der Praxis die Schadenersatzbestimmungen des Friedensvertrages beiseite gestellt werden müssen und daß man

Deutschland eine Anleihe gewähren

müsse, um wieder zu normalen Handelsbeziehungen zu ihm gelangen zu können. Die „Westminster Gazette" ist eins der ernsthaft zu nehmenden englischen Blätter, sie ist ein Organ der Liberalen, besonders des von Asquith geführten linken Flügels, der sich der Koalition mit den Konservativen nicht angeschlossen hat. Die Nachricht der „Westminster Gazette" bringt wahrscheinlich in diesem Falle keine feststehenden Tatsachen, bleibt aber ein Symptom, das Beachtung verdient.

Es ist wahrscheinlich, daß die englische Regierung diese Nachricht nicht ohne Absicht in die Welt hinausgehen ließ. Vielleicht hat sie den Deutschen zeigen wollen, daß sie die Hoffnung auf eine Revision des unerfüllbaren Friedensvertrages durch englische Hilfe nicht aufzugeben brauchen. Wahrscheinlicher aber noch als dies ist, daß den Franzosen gezeigt werden sollte, wie wenig fest sie die Zukunft in Händen halten und wie sehr alles vom Willen des allmächtigen Englands abhängt. Zwischen England und Frankreich schweben heute verschiedene Fragen über die Abgrenzung der Einflußsphären im Gebiete der ehemaligen Türkei. Es ist durchaus nicht unmöglich, daß die englische Politik nichts anderes bezweckt, als

die Möglichkeit einer Schwenkung anzudeuten,

um dadurch auf französische Ansprüche in irgendeinem Winkel der Welt mäßigend zu wirken.

Man kann die Nachricht des englischen liberalen Blattes also so vorsichtig wie immer bewerten — leeres, absichtsloses Gerede ist sie gewiß nicht —, auf jeden Fall zeigt sie wieder einmal deutlich, auf wie schwankenden Grund der Friedensvertrag von Versailles gebaut ist. Immer wieder muß man sich des prophetischen Ausspruches des klugen Pertinax im „Echo de Paris" erinnern, der Friede von Versailles werde nur dann Bestand haben, wenn die alliierten und assoziierten Regierungen 30 Jahre lang einig blieben. In Wirklichkeit aber scheint es so, als ob sie nicht einmal 30 Monate einig bleiben könnten. Amerika hat noch immer nicht ratifiziert. Italien zeigt seinen Verbündeten das unfreundlichste Gesicht, zwischen England und Frankreich gibt es jetzt schon ernsthafte Meinungsverschiedenheiten.

Der Völkerbund ist als bloßer Rumpf

ins Leben getreten. Wenn sich Amerika ihm nicht anschließt, verliert er seine Bedeutung. Ein Völkerbund, dem Amerika, Deutschland und Rußland nicht angehören, hat keine Möglichkeit der Weltbeherrschung.

In Frankreich herrscht eine gewisse Nervosität, die verständlich ist. Aber wenn diese Nervosität dazu führt, den weltpolitischen Scharfmachern das Uebergewicht zu verleihen, so wird damit Europa und letzten Endes auch Frankreich nicht gedient sein. Die Nachricht der „Westminster Gazette" mag den Tatsachen weit vorauseilen, aber so sicher wie das Amen im Gebet kommt einmal die Stunde, in der England den Franzosen zeigen wird, daß es seine eigene Politik macht und sich von den französischen Scharfmachern nicht ins Schlepptau nehmen läßt. Das könnte eine kritische Stunde für Frankreich sein und für ganz Europa werden.

Es kann nicht im Interesse Frankreichs liegen, daß es schließlich eines Tages als der einzige in der Welt dasteht, der noch auf den Shylockschein des Friedens von Versailles besteht. Dadurch würde der Gegensatz zwischen den beiden Hauptvölkern Europas, Frankreich und Deutschland, verewigt werden, und in Deutschland würde sich die Meinung festsetzen, daß Deutschland nur im Kampfe, sei es auch in unblutigem, gegen Frankreich sein

wirtschaftliches Lebensrecht durchsetzen

kann. Unendlich besser für die beiden Nachbarstaaten wäre es, wenn in Frankreich die Einsicht siegte, daß es besser ist, mit Deutschland zu einem möglichen und vernünftigen Abkommen zu gelangen, als auf die Durchführung eines unmöglichen und unvernünftigen bis auf das letzte Tüpfelchen zu bestehen. Frankreich und Deutschland würden dann die Angelegenheiten, die sie als Nachbarstaaten am meisten angehen, mit einander ordnen können und Frankreich hätte es nicht nötig, sich jeden Augenblick ängstlich umzusehen, ob der Mächtigere auch wirklich noch hinter ihm steht, der es gegen Deutschland schützen soll.

So weit, wie dieser Gedankengang hier geführt ist, haben die sogenannten „Kontinentalpolitiker" ganz recht. Unrecht haben sie nur mit ihrer Phantasie, die alles auf die eine Karte eines antienglischen Kontinentalbündnisses setzen will. Ein solches Kontinentalbündnis ist nicht nur für absehbare Zeit nicht erreichbar, sondern auch gar nicht wünschenswert, weil es die machtpolitischen Gegensätze, die die Ursache der Kriege sind, nicht beseitigen, sondern nur neu gruppieren würde. Richtig ist nur, daß Deutschland wünschen muß, zu einer vernünftigen Ausführung des Friedensvertrages durch direkte Verständigung mit dem nächsten Nachbarn und nicht erst auf Umwegen zu kommen. Die deutsche Politik wird aber nicht vor der geschlossenen französischen Tür stehenbleiben dürfen, wenn sich ihm andere öffnen sollten.

Die Nachricht der „Westminster Gazette" ist nur ein Vorspiel, aber ein recht bedeutungsvolles.

Die Zeitungspreise in Oesterreich.

Die abgrundtiefe Geldentwertung in Oesterreich hat dort auch auf dem Zeitungsmarkte Zustände geschaffen, die dem ganzen österreichischen Zeitungsgewerbe zu einer Katastrophe werden müssen. Die neuerlichen Preissteigerungen des zentralbewirtschafteten Rotationspapieres haben die Ausgaben dafür auf 7—8 Kronen pro Kilo hinaufgetrieben. Bei diesen Papierpreisen dürfte sich die Einzelnummer einer Wiener Tageszeitung auf etwa eine Krone erhöhen. Und das wieder dürfte gleichbedeutend sein mit dem Zusammenbruch zahlreicher Zeitungsunternehmungen. Auch in Deutschland hat die fortgesetzte Preissteigerung des Zeitungspapieres bereits zu einer Vervielfachung der Abonnementspreise geführt, der sich auch unsere Parteiblätter nicht entziehen können. Dabei ist noch nicht abzusehen, ob und wann die Preissteigerung zum Stillstand kommen wird.

Deutschland.

Die Enthüllungen Landsbergs.

Otto Landsbergs Aeußerungen über die Vorgeschichte des Waffenstillstandes, die er in seinen Reden in Köln und Magdeburg gemacht hat, erregen großes Aufsehen. Wir entnehmen daher seiner Rede die folgende, wörtlich wiedergegebene Stelle:

Die Friedensentschließung des Reichstages (vom Juli 1917) ist von den Fronttruppen mit Jubel begrüßt, sie wollten nur für den Bestand des Vaterlandes und nicht für imperialistische Eroberungspläne ihr Leben einsetzen. Der Erfolg der Offensive bewies, daß diese Resolution die Kampfkraft der Truppen nicht geschwächt hat. Tatsache ist, daß Divisionen von 20 000 Mann Stärke auf 400, ja 300 Mann zusammengeschrumpft waren und dem Anprall der frischen amerikanischen Regimenter nicht auf die Dauer standhalten konnten. Der Zusammenbruch der Bundesgenossen ließ die Besetzung Bayerns und der sächsischen Industriegegenden nur noch zu einer Frage von einigen Wochen werden. Das hatte auch der Herrgott der Alldeutschen, Ludendorff, sofort erkannt, und er war es, **der innerhalb 24 Stunden den Waffenstillstand forderte; nicht die „Zermürbung des Heeres" und nicht die Revolution trägt die Schuld daran.** Auch mit dem Ammenmärchen, daß die Revolution uns den Rest gegeben habe, muß aufgeräumt werden. Nachdem wir Anfangs Oktober 1918 um Frieden gebeten hatten, und als am 5. November von der Entente noch keine Antwort da war, beschloß ein Ministerrat, sofort einen Delegierten zur Entente abzusenden, der die

vollständige Ergebung des Heeres und des ganzen Landes

anbieten sollte. Die Oberste Heeresleitung billigte diesen Beschluß. Erst als der Delegierte im Zuge saß, ging die Antwort der Entente ein; vier Tage später war erst die Revolution. **Es ist also eine infame Lüge, die Revolution für den militärischen Zusammenbruch verantwortlich zu machen.** Ein neuer Appell an das Schwert würde nicht nur die völlige Vernichtung Deutschlands, sondern der gesamten Kultur zur Folge haben. Die Alldeutschen wollen ihre verbrecherische Politik, den Krieg mit dem Schwerte zu beenden, fortführen, um den Frieden auch wieder durch das Schwert zu beenden.

Streik der Schwerindustrie.

Die durch W. T. B. veröffentlichten Einzelergebnisse der Spar-Prämien-Anleihe gaben der rechtsstehenden Presse Anlaß zu höhnischen Kommentaren gegen Erzberger. In der Zusammenstellung des W. T. B. ist hervorgehoben, daß die Zeichnungsergebnisse in den besetzten und in den gefährdeten Gebieten besonders schwach gewesen sei. Das nennt die alldeutsche Presse faule Ausrede. Nunwohl, dann kann darauf hingewiesen werden, daß nirgends das Zeichnungsergebnis auch nur annähernd so schlecht war wie im Rheinland und Westfalen: Also die Schwerindustrie hat bei der Anleihe gestreikt. Die Provinzen Rheinland und Westfalen, die bei der neunten Kriegsanleihe zusammen 2¼ Milliarden aufgebracht hatten, zeichneten diesmal nicht mehr als rund 300 Millionen, d. h. noch nicht den siebenten Teil. In Essen wurden nur 9 Proz., in Düsseldorf ebenfalls nur 9 Proz. des Ertrages der letzten Kriegsanleihe gezeichnet. Dabei liegen weder Essen noch Düsseldorf im besetzten Gebiet. Und wenn man die „Gefährdung" dieser Städte durch die Nähe des besetzten Gebietes ins Treffen führen will, so muß daran erinnert werden, daß die tatsächlich besetzte bayerische Pfalz immerhin doch 35 Proz. ihrer letzten Kriegsanleihezeichnung aufgebracht hat. An allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen kann die schwache Zeichnungsleistung des Rheinisch-Westfälischen Industriegebietes auch nicht liegen, denn Hamburg zeichnete 42 Proz., Frankfurt 50 Proz., Berlin 53 Proz., München gar 66 Proz. des jeweils letzten Kriegsanleiheanteils. Das rechts-rheinische Bayern hat gar 75 Proz. seiner Kriegsanleiheleistung aufgebracht. Für die niedrige Leistung von Düsseldorf und Essen bleibt also nur die eine Erklärung, daß die Schwerindustrie aus politischer Gegnerschaft gegen die jetzige Regierung und die Person des Reichsfinanzministers die Anleihe sabotiert hat.

Ein würdiges Gegenstück zu den Aussperrungsgelüsten der pommerschen Landjunker.

Polen.

Die Polonisierung in Bromberg.

Die Straßennamen in Bromberg sollen polonisiert werden, sobald die Feststellung der polnischen Namen erfolgt ist. Es besteht die Absicht, die gegenwärtigen Straßennamen bestehen zu lassen, bis sich die Bevölkerung an die neuen Namen gewöhnt haben wird. Die Tafeln mit den polnischen Namenaufschriften werden neben den deutschen angebracht. Lediglich die Straßennamen, die sich auf das Hohenzollernhaus und die preußisch-polnische Politik beziehen, werden unbedingt entfernt werden, sobald die polnischen Namen aufgestellt sind.

Die Polonisierung der Bromberger Schulen wird bereits in Angriff genommen. Die polnische Unterrichtssprache soll in kurzer Zeit eingeführt werden. Dem Direktor der städt. Oberrealschule, in der von 500 Schülern nur 30 polnisch sind, wurde jede Amtshandlung untersagt, obwohl die Polen kürzlich allen Nationalitäten volle Freiheit zugesichert haben.

Die Gleichsetzung der deutschen und polnischen Mark.

Infolge der Gleichsetzung der deutschen und polnischen Mark sind in den meisten Kaufläden die Preise um 75 bis 100 Proz. heraufgesetzt worden. Hiergegen wird von seiten der Landwirtschaft, deren Preise in Polen unlängst herabgesetzt worden sind, entschieden Front gemacht.

Lokales.

Der „Schreckschuß" im Freihafen.

In der bürgerlichen Presse war gestern folgende Nachricht zu lesen:

Streik im Freibezirk. Im Freibezirk wird gestreikt. Gestern ist ein Arbeiter beim Verlassen des Freibezirkes von einem Bürgerwehrposten angehalten worden und sollte durchsucht werden. Er weigerte sich und lief davon, wobei von dem Bürgerwehrmann geschossen worden ist. Darauf haben die Arbeiter die Arbeit niedergelegt und fordern, daß beim Verlassen des Freibezirks an den Toren keine Kontrolle mehr ausgeübt wird.

Vom Deutschen Transportarbeiterverband und vom christl. Transportarbeiterverband erhalten wir dazu folgende Zuschrift:

Die Mißstimmung im Hafen zwischen Polizei und Arbeiterschaft ist in letzter Zeit ziemlich bedenklicher Natur geworden. Ganz besonders seit der Zeit, wo die Sicherheitswehr im Hafen den Dienst versieht. Die Arbeiterschaft betrachtet es als eine Beleidigung, wenn hinter jedem Mann ein Posten steht und bei jedem Passieren des Tores sie durch eine Spalierkette der Sicherheitswehr, welche mit geladenem Gewehr sich aufstellt, hindurchgehen muß.

Am 2. Februar, als mittags die Hafenarbeiter den Freihafen verließen, stand eine Postenkette von 14 Mann, durch welche die gesamte Arbeiterschaft passieren mußte. Als die Arbeiterschaft die Straße erreicht hatte, fiel mit einem Mal einem der Sicherheitswehrleute ein Mann auf. Es wurde „Halt" gerufen, aber kein Mensch wußte, auf wen sich dieses „Halt" bezog. Als nach dreimaligem Rufen keiner stehen blieb, kam von der Sicherheitswehr das Kommando „Schießen, schießen!" Drei der Sicherheitswehrleute folgten diesem Befehl und schossen, trotzdem die Straße sehr belebt war, 7—8 Schuß ab. Allerdings nicht, wie die „Danziger Neueste Nachrichten" beliebt hinzustellen, daß nur ein Schreckschuß abgegeben worden sei. Man kann sich heute noch überzeugen, daß die Geschosse in Knie- und Brusthöhe in den Bäumen sitzen. Es ist ein wahres Wunder, daß bei dieser Schießerei kein Menschenleben zu beklagen ist.

Auf Grund dieser Schießerei legte die Arbeiterschaft noch am selben Tage die Arbeit nieder. Am andern Tage wurde von beiden Organisationen zu dieser Frage Stellung genommen und beide Organisationsvertreter und eine gewählte Kommission begaben sich zum Polizeipräsidium, wo in Gegenwart des Präsidenten und des Führers der Sicherheitswehr über die strittigen Punkte verhandelt wurde. Das Ergebnis der Verhandlung war zufriedenstellend. Sowohl der Polizeipräsident, als auch der Führer der Sicherheitswehr sprachen ihr Bedauern über die getätigte Schießerei, und erklärten, alles daran zu setzen, damit etwas derartiges nicht wieder passieren soll.

In der Abendversammlung desselben Tages erstatteten Herr Krause und die gewählte Kommission Bericht über den Gang der Verhandlungen, welche dazu führte, daß die Arbeit wieder aufgenommen wurde. Aus der Mitte der Versammlung wurde eine Entschließung eingereicht, die einstimmig von der ganzen Versammlung angenommen wurde. Sie lautet:

Die heute versammelten Hafen- und Kaiarbeiter nehmen Kenntnis von dem Gang der Verhandlung mit dem Polizeipräsidenten und dem Führer der Sicherheitswehr und bedauern, daß die Forderung auf Entfernung der Sicherheitswehr aus dem Hafen nicht sofort ausgeführt wird. Die Versammelten sind bereit, trotzdem die Sicherheitswehr weiter im Hafen verbleiben soll die Arbeit am 4. Februar wieder aufzunehmen, stellt aber erneut an die Behörde die Forderung, daß, wenn der Hafen bewacht werden soll, nur die städtische Polizei und Bürgerwehr diese Funktion ausüben soll.

Die Bewachung des Freihafens. Der Freihafen in Neufahrwasser wird seit dem 1. Februar nicht mehr von der Bürgerwehr, sondern von der Sicherheitswehr bewacht. Der Zusammenstoß mit den Arbeitern im Freihafen erfolgte auch nicht — wie vielfach angenommen — mit der Bürgerwehr, sondern mit der neuen Bewachung.

Vertragsbruch der Firma Schichau!

Die Firma Schichau beschäftigt neben den Arbeitern eine ganze Anzahl von Lehrlingen. Diese Lehrlinge sind ebenso wie die ganze Belegschaft brutal auf die Straße gesetzt. Das Arbeitsverhältnis der Lehrlinge ist durch besondere Lehrverträge geregelt. Die Firma Schichau kümmert sich weder um feierlichst abgeschlossene Verträge, noch um Gesetzesbestimmungen, sondern bricht alles, wenn ihr brutaler Machtdünkel es verlangt. Was die Lehrlinge, die zum Teil vor Beendigung ihrer Lehrzeit sind, machen sollen, das kümmert die Firma nicht. Viele von ihnen sind die einzige Hoffnung der alten Eltern, die sich nunmehr ihrer Hoffnungen, in dem Lehrling eine Stütze auf ihre alten Tage zu haben, beraubt sehen. Die Firma Schichau wird für diesen Bruch der Verträge und Gesetzesverletzung wohl noch besonders zur Verantwortung gezogen werden müssen. Den Eltern dieser Lehrlinge ist zu raten in jedem einzelnen Fall gegen die Firma Klagbar vorzugehen.

Die „unparteiische Fuchspresse".

In der Nr. 28 der „D. N. N." von Dienstag, den 3. Februar stand unter der Ueberschrift „Die Schichauwerft stillgelegt" folgendes:

„Die Deputation der Arbeiter habe eine drohende Haltung eingenommen. Ein Teil von ihnen ist mit Eisenstangen bewaffnet usw."

Dazu stellt die Arbeiterschaft fest:

1. Es ist nicht wahr, daß die Deputation der Arbeiter oder der Arbeiterausschuß noch die Belegschaft eine drohende Haltung gegenüber den Werftbeamten eingenommen haben. Wahr ist vielmehr, daß der Betriebsarbeiterrat und die zehngliedrige Kommission der Arbeiter durchaus friedlich mit den Direktoren und Ingenieuren verhandelt haben.

2. Es ist unwahr, daß der Betriebsarbeiterrat oder die Kommissionsmitglieder mit Eisenstangen bewaffnet waren. Wahr ist vielmehr, daß sie nur die Waffe des Geistes bei sich geführt haben.

3. Es ist unwahr, daß irgendwelche Gewalttätigkeiten seitens der übrigen Belegschaft verübt worden sind. Wahr ist vielmehr, daß die Ansammlung vor dem Werftgebäude, wie in vielen anderen Fällen, durchaus eine friedliche war. Erregung kam in die Belegschaft erst dann, nachdem die Sicherheitswehr auf der Werft erschien, aber auch dann erfolgte keinerlei Tätlichkeit.

Polnische Kartoffeln für Danzig. Die Kartoffellieferung für Danzig stockt augenblicklich. Das Ernährungsministerium in Posen hat aber versprochen, im Monat Februar 60 000 Zentner Kartoffeln nach Danzig zu liefern. Eine entsprechende Anordnung ist auch, wie telegraphisch mitgeteilt ist, an die Expositur in Thorn ergangen. Somit besteht Aussicht auf Lieferung von Kartoffeln.

Beilage der Danziger Volksstimme

Nr. 30 | Donnerstag, den 5. Februar 1920 | 11. Jahrgang

Die ostjüdische Einwanderung nach Deutschland.

In den letzten Monaten macht sich besonders in der alldeutschen Presse eine ständig wachsende Agitation gegen die in Deutschland lebenden Ostjuden geltend. Man ist eifrig bemüht, durch eine unerhörte und planmäßige Wühlarbeit weite Kreise des deutschen Volkes gegen die Opfer einer verurteilungswerten, chauvinistischen Politik aufzuhetzen. Es scheint daher angezeigt, die allgemein verbreiteten Gerüchte auf ein der Wahrheit entsprechendes Maß zurückzuführen. Da muß zunächst festgestellt werden, daß die Zahl der seit Kriegsende in Deutschland eingewanderten Juden sich nicht, wie behauptet wird, auf 70 000, sondern im Höchstfalle auf 15 000 beläuft, während der Rest der 70 000 sogenannte „Russen" sind, die sich aus deutschstämmigen Bewohnern ehemals russischer Landesteile zusammensetzen, die infolge der politischen Verhältnisse nicht mehr länger an ihrem Wohnsitz verbleiben können. Daß sich ein großer Teil der ostjüdischen Einwanderer sehr oft zum Schaden des deutschen Volkes im Zwischenhandel betätigt und in verhältnismäßig starkem Maße sogenannte „Schiebergeschäfte" betreibt, ist nicht von der Hand zu weisen. Hierbei muß aber in Rechnung gestellt werden, daß durch die allgemeine Arbeitslosigkeit und teilweise auch durch die Bestimmungen der Demobilmachungsbehörde die Beschaffung produktiver Arbeitsmöglichkeiten für die jüdischen Flüchtlinge außerordentlich erschwert wurde. Die bolschewistische Agitation, der man die Ostjuden bezichtigt, ist zwar von einzelnen durch die Sowjetregierung beauftragten und bezahlten jüdischen Agenten gefördert worden, die breiten Massen der jüdischen Einwanderer aber kommen für sie nicht in Frage. Wenn man weiter behauptet, die Einwanderer drücken das Kulturniveau nieder, so sei bemerkt, daß die jüdischen Arbeiter außerordentlich hohe kulturelle Ansprüche stellen. Zudem ist der größte Teil der jüdischen Arbeiter gewerkschaftlich organisiert und daher zur Erlangung des Existenzminimums gezwungen, Lohnforderungen zu stellen, die denen der deutschen Arbeiter völlig gleichkommen.

Alles in allem zeigt sich, daß eine skrupellose Clique durch planmäßige Verhetzung nach dem System der Verallgemeinerung eines einzelne Glieder treffenden Verschuldens und durch die Verbreitung verleumderischer Behauptungen die antisemitischen Instinkte weitester deutscher Kreise wachzurufen sich bemüht. Es gilt dem gegenüber, an das gesunde Empfinden unserer Arbeiterschaft zu appellieren und sie auf ihre Verpflichtungen, den heimatlosen Flüchtlingen und den Angehörigen der Pogromopfer gegenüber hinzuweisen. Die Arbeiterschaft hat die Aufgabe, an der Verhinderung aller Maßnahmen mitzuwirken, die gegen die Ostjuden im allgemeinen gerichtet sind und zweifellos erneute ungeheure Härten zur Folge haben müßten. Es darf dabei nicht außer acht gelassen werden, daß große Massen von Juden durch die Arbeiterdeportationen der deutschen Heeresleitung nach Deutschland verschleppt worden sind, denen gegenüber die deutsche Regierung zu besonderer Rücksicht verpflichtet ist.

Es handelt sich darum, nicht von neuem in die Fehler des alten Regimes zu verfallen und einer nationalen Minorität gegenüber eine Unterdrückungspolitik zu betreiben. Die Regierung muß sich bemühen, die unglücklichen nach Deutschland verschlagenen Menschen der deutschen Volkswirtschaft nutzbar zu machen. In der Landwirtschaft sowohl wie in der Industrie als auch beim Aufbau der zerstörten Gebiete Nordfrankreichs und Belgiens werden sich bei entsprechender Organisation viele tausende jüdischer Arbeiter unterbringen lassen. Notwendig ist, die jüdischen Einwanderer produktiven Berufen zuzuführen. Die gegründeten jüdischen Arbeitsämter haben bereits eine große Anzahl jüdischer Arbeiter untergebracht, ohne daß es auch nur an einer Stelle zu Klagen von seiten der Arbeiter oder Arbeitgeber gekommen wäre. Dieser Tätigkeit muß die Regierung die größtmöglichste Förderung zuteil werden lassen. Auf diese Weise wird man am ehesten zu einer Beseitigung der durch die ostjüdische Einwanderung entständenen Unzuträglichkeiten beitragen.

Sorgen wir dafür, daß die Welt aus der Behandlung, die wir den Ostjuden angedeihen lassen, ersieht, daß das deutsche Volk aus der Vergangenheit gelernt hat, und daß die deutsche Regierung sich von wirklich sozialistischem Geist leiten läßt. Jede Unterdrückung würde notwendigerweise auf Deutschland zurückfallen und eine weitere schwere Schädigung des deutschen Ansehens in der ganzen Kulturwelt bedeuten.

Parteinachrichten.

Deshalb Räuber und Mörder!

Mit welch unsäglich kläglichen Mitteln man im Fall Sklarz versucht hat, unsere Parteigenossen zu verleumden, zeigt der vom „Vorwärts" aufgedeckte Fall Charles Rhodin. Rhodin, während des Krieges belgischer Spion in deutschen Diensten, nach dem Kriege mittelloser Herumtreiber, hatte in den Zeitungen etwas über die Sache Sklarz gelesen und beschloß, Geld daraus zu schlagen, obwohl er sein Leben lang nicht das mindeste mit Sklarz zu tun gehabt hatte. Zunächst ging er zu Sklarz und bot diesem angeblich belastendes Material zum Kauf an, Sklarz setzte den Burschen vor die Tür. Umsomehr Entgegenkommen findet dieser, als er sich nunmehr an die Gegenseite Sochaczewski-Baumeister-Davidsohn-Sonnenfeld wendet. Seine Forderung von 20 000 Mk. für Belastungsmaterial gegen Sklarz wird sofort bewilligt, ja, man bietet freiwillig noch mehr, wenn die Papiere auch Scheidemann und andere Parteiführer belasten sollten. Der Schwindler erfindet nun eine Räubergeschichte über Grundstücksschiebungen und verspricht, die Papiere aus Kopenhagen herbeizuschaffen. Bereitwillig gibt ihm das Konsortium Sochaczewski mehrere tausend Mark Reisegeld. Natürlich kommt Rhodin ohne Papiere aus Kopenhagen. Sie seien ihm unterwegs gestohlen worden. Da drängt ihn Baumeister, den Inhalt der Papiere aus dem Kopfe niederzuschreiben. Rhodin erfindet ein paar Schriftstücke, im Baumeisterschen Bureau werden sie niedergeschrieben — und das Belastungsmaterial gegen Scheidemann ist fertig. Und mit solchem Pack müssen sich angesehene Parteiführer öffentlich herumschlagen.

Gewerkschaftliches.

Skandinavischer Kredit an deutsche Gewerkschaften.

Ein schwedisches Kreditinstitut ist an die Führer der deutschen Gewerkschaften herangetreten, um zur Gründung einer Deutschen Oekonomie-Gesellschaft m. b. H. zu führen. Dieser Gesellschaft werden große Kredite zum Einkauf von Rohstoffen, Lebensmitteln usw. zur Verfügung gestellt. Dadurch soll namentlich der an Arbeitslosigkeit noch immer stark leidenden Textilindustrie Arbeitsgelegenheit verschafft werden. Deutscherseits gehören der Gesellschaft an als Vertreter der Arbeitnehmer Karl Legien und als Vertreter der Arbeitgeber der Syndikus der sächsischen Textilindustrie Dr. Rolisch-Chemnitz. Ferner gehört der Gesellschaft der Bankdirektor Olof Aschberg-Stockholm an, der die Kredittransaktionen vermittelt. Dieses Kreditabkommen mit Skandinavien bildet eine Ausgestaltung des vor einigen Wochen zwischen dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund und den skandinavischen Gewerkschaften abgeschlossenen ersten Kreditabkommens von mehreren Millionen.

Genossenschaftliches.

Konsumgenossenschaften mit Unternehmerhilfe?

Im „Berliner Börsen-Courier" bringt Herr Dr. Treuherz einen „Vorschlag zur Erhaltung des sozialen Friedens" mit folgender Forderung:

Man gründe mit Hilfe der Arbeitgeber Konsumgenossenschaften. Beispiel: Die Stadt Berlin begründet mit ihrer zahlreichen Beamtenschaft ein über den ganzen Bezirk Groß-Berlin reichendes Netz von Verkaufsanstalten. Der Verkauf würde zentral von der Leitung der Konsumgenossenschaft durchgeführt. Jeder Zwischenhandel kann ausgeschaltet werden; der Schieberhandel wäre ins Mark getroffen. Durch den Einkauf im großen kann erheblich ökonomischer gewirtschaftet werden, und es wäre möglich, ohne daß die verhaßte Zwangswirtschaft mit ihren bekannten üblen Folgeerscheinungen wieder eingeführt werden müßte, Hilfe aus eigener Kraft zu bringen. Dem Verbraucher könnte, was sonst in den Konsumgenossenschaften nicht üblich war, überdies ein Anspruch auf Bezug der eingekauften Waren eingeräumt werden. Die ganze Organisation wäre von unten herauf ohne Bevormundung durch Staatsbehörden in gemeinsamer Arbeit von Unternehmern und Angestellten durchzuführen. Einmal hingestellt, wird sie aus sich selbst herauswachsen, wenn nur der Genossenschaftsgedanke erst Wurzeln gefaßt hat. Denn überall, wo in großen Betrieben eine bedeutendere Zahl von Angestellten und Arbeitern vorhanden ist, können ohne große Mühe Konsumvereine begründet werden, die dann örtlich je nach Bedarf zusammenzufassen wären.

Für die Erhaltung des sozialen Friedens außerordentlich wertvoll ist die Zusammenarbeit von Unternehmern und Arbeitern in gemeinschaftlichen Organisationen.

Neu an dem Vorschlag ist nur die Beihilfe der Unternehmer. Während Konsumgenossenschaften bisher selbst als Schutzorganisationen einheitlicher Verbraucherschichten errichtet wurden, sollen jetzt auch die Unternehmer ihnen beitreten und, wenn angängig, ihre Gründung durch Darlehen, vielleicht sogar regelrechte Zuschüsse, unterstützen. Es kann nicht schwer sein, eine Verzinsung dieser Darlehen aus den sonst bei Konsumgenossenschaften erwirtschafteten mäßigen Dividenden zu bestreiten.

Man merkt, daß Herr Dr. Treuherz keine blasse Ahnung vom Genossenschaftswesen hat, sonst würde er nicht so törichte Vorschläge machen, die aller konsumgenossenschaftlichen Erfahrung widersprechen und die Gefahr der Zersplitterung in sich bergen, die wir gerade jetzt mit gutem Erfolge zu beseitigen bemüht sind. Die Konsumgenossenschaften bedürfen der Unternehmerdarlehen nicht, die sie verzinsen müßten, sie ziehen es vor, mit eigenen zinsfreien Mitteln [illegible] zu wirtschaften. Die treuherzige „Idee" des „Börsen-Courier" muß als wertlos zu den Akten gelegt werden.

Der Schandfleck.

Eine Dorfgeschichte von Ludwig Anzengruber

28) (Fortsetzung.)

X.

Der Wagen der Müllerin war in den Hofraum bei Reindorfer eingefahren und die behäbige Frau stieg eben bedächtig ab.

Der alte Reindorfer und Magdalena traten aus der Scheuer.

„Die Müllerin vom Wasser-Graben!" sagte er. „Was mag die wohl herführen?"

Das Mädchen war rot geworden, sie rieb sich mit der Schürze die Handfläche der Linken und lächelte in sich hinein.

„Lauf zur Mutter und sag ihr, wer kommt, daß sie einen Nachmittagskaffee mag richten lassen."

„Groß Gott," sagte die Müllerin. „Heiß macht es heute!"

„Ja, es macht heiß," sagte der Bauer und trat wieder in die Scheuer zurück.

Die Müllerin folgte dem voraneilenden Mädchen.

Magdalena ließ die Türe hinter sich halb offen stehen und flüsterte eilfertig der Mutter zu: „Die Müllerin vom Wasser-Graben kommt, der Vater meint, du solltest einen Kaffee richten."

„Nun, so richte einen," sagte die Bäuerin, erhob sich und ging nach der Türe.

„Grüß Gott," rief die Müllerin in der Küche.

„Grüß Gott," erwiderte die Reindorferin. „Nur herein da!"

Die Müllerin trat ein, nachdem sie zuvor an dem Türpfosten anklopfte, da die Bäuerin die Türe vollends an sich gezogen hatte. „Guten Tag, herein! Heiß ist es heute."

„Schon wie, man meint völlig, man müßte verschmachten. Nun, mach doch Feuer an," sagte sie zu Magdalena.

Das Mädchen schlüpfte zur Türe hinaus und strich an der Müllerin vorbei, diese zupfte sie an der Rockfalte und lächelte gar bedeutsam.

Magdalena trat nun an den Herd und machte sich da zu schaffen, und das nahm sie so in Anspruch, daß ihr gar keine Zeit blieb, die Stubentüre, welche nur angelehnt war, in das Schloß zu drücken.

Drinnen sagte die alte Reindorferin: „So, nun tu dich nur auch setzen, Müllerin."

Diese strich erst ihre Röcke glatt, dann ließ sie sich auf einen Stuhl nieder. „Damit wir zu ruhigem Gespräch kommen," sagte sie.

„Mich wundert dein Kommen. Weil doch unsere Männer sich voneinander fernhalten, so sind wir gar nie zu einer Ansprache gekommen. Es muß doch recht was Besonderes sein, was dich herführt."

„Das wird sich wohl weisen, denn ich kann dir doch nicht vorenthalten, was mich zu dir her den Weg hat tun lassen. Es wird schon herauskommen. Nur immer hübsch eines nach dem andern." Sie trocknete sich den Schweiß von der Stirne. „Heiß ist es heute."

„Rechtschaffen, daß man verschmachten könnte."

„Es wird aber wohl ein gesegnetes Jahr geben."

„Zu wünschen wär es schon, die Zeiten sind arg."

„Ja, ja, freilich sind die arg, man verspürt das gleich, und wenn eines die Wirtschaft noch so genau führt, besser ist es wohl früher gewesen, derowegen ist es jetzt just auch noch nicht schlecht, man mag sich noch immer ehrlich durchbringen und dabei etwas auf die Seite legen. Ist es nicht auch bei euch so?"

„Gott sei Dank, ich könnt nicht klagen, daß es schlimmer wäre!"

„Wir haben gut verkauft." —

„Wir nicht anders!"

„Und auch nicht schlecht eingehandelt."

„Ich meine, wir seien just auch nicht übervorteilt."

„Wir haben zwei Pferde eingeschafft, die sind ihr Geld wert. Und Leinenzeug — ich sag dir, Reindorferin, ich möcht es nicht selbst gesponnen haben, für die paar Gulden! Aber was schwätz ich? Kommt das zustande, wegen was ich da bin, so schickt sich ohnehin die Gelegenheit, daß man darüber redet, und später werden wir noch oft und gern uns all das einzeln aufzählen und wissen, was wir erwirtschaften. Ich will vorderhand nur gesagt haben, außer dem Vorsprung, den der liebe Herrgott selber dem einen Teil durch die Mühl verliehen hat, stünden wir, was das Hereinbringen und Zusammenhalten anlangt, völlig gleich und taugten zusammen."

„Hast recht, Müllerin, in der Wirtschaft steh ich, ich kenn nach. Aber was meinst du mit dem Zusammentauger?"

„Ich meine, jede Dummheit muß einmal ihr Ende finden, und schon gar, wo sich die Gelegenheit schickt, daß mit ihrem Aufhören ein gut Werk seinen Anfang nimmt! Es ist doch nur eine Dummheit, daß sich unsere Männer nicht vertragen mögen."

Die Bäuerin blickte ängstlich auf, dann senkte sie wieder die Augen und sagte leise: „Ich weiß nicht."

„Aber ich weiß es," sprach um so lauter die Müllerin, „und so wahr ich hier sitze, ich will meinem Alten all die Feindseligkeit schon austreiben, und das, liebe Reindorferin, mußt du dir auch bei deinem Bauer angelegen sein lassen, denn so, wie es bisher gewesen, darf es nicht verbleiben! Daß ich dir auch sage, warum: für gewöhnlich sollen die Alten den Jungen ein gut Beispiel geben, aber manchmal kann doch vorkommen, daß die Jungen den Alten damit vorangehen, und wenn sich unsere Alten nicht leiden mögen, so haben sich dafür unsere Jungen gar lieb."

„Wer?" schrie die Bäuerin auf.

„Nun, nun, wie magst du nur so ungedäwig fragen, ich red doch deutlich, wen kann ich anders meinen als euere Magdalena und unsern Florian? Die beiden wären uns und derowegen bin ich da, daß ich ihnen das Wort rede und mit uns über eine Zeit einigen, darnach man sie fein christlich zusammengibt."

Die Reindorferin war kreidebleich geworden. „Jesus, Maria!" sagte sie und preßte beide Hände über dem Schmerz zusammen.

„Du meine Güte," rief die Müllerin, sich rasch vom Stuhle erhebend, „Reindorferin, was hast du?" Und zu Magdalena, welche unter die Türe getreten war, sagte sie: „Hol doch den Vater!"

Das Mädchen lief fort.

Die Reindorferin sah zur Müllerin auf, welche vor ihr stand, und faßte sie an beiden Armen über den Ellbogen an. „Und dein Mann, der Müller, hat es zugelassen, daß du wegen dem herkommst?"

„Wie du fragst! Ohne sein Vorwissen wär doch alles unnütz!"

Die Bäuerin strich sich ein über das andere Mal über die weißen Haare, die ihr um die Schläfe hingen. „Er läßt es zu," flüsterte sie, „er selber — er . . . . Hätte er mich doch allzeit so gelassen, wie jetzt! Gutmütiger Vater, mir verdrießt doch gar nichts erspart, gar nichts!" Es [illegible] ich [illegible]

Da trat der alte Reindorfer in die Stube, gefolgt von Magdalena.

„Nun, was gibt es denn?" fragte er.

Die Bäuerin deutete mit dem ganzen Arme nach dem Mädchen und sagte: „Die will den Florian vom Müller im Wassergraben."

Der Bauer sah erschreckt die Anwesenden der Reihe nach an.

„O, hättest du sie doch damals aus dem Hause gehen lassen," schluchzte das Weib, „hättest du sie doch aus dem Hause gehen lassen!"

Da trat der Bauer auf sie zu und sagte ruhig: „Tu nur nicht gar so wunderlich und auffällig, daß man meint, es wär Gott weiß was dahinter. Ich begreif nur den Müller nicht, wie er sein Weib mag einen solchen Gang tun lassen, wo doch zwischen uns und ihm Feindschaft ist und sein soll für alle Zeit. Weiter hat es doch nichts auf sich, man sagt: Schön Dank für die zugedachte Ehr und daraus kann nichts werden. Der Bursch und die Dirn mögen sich einander aus dem Sinn schlagen, und gar ist es!"

„Gar ist es! Was kann da gar sein?" sagte aufgeregt die Müllerin. „Ich wollte kein Wörtel verlieren, Reindorfer, wenn du nur einen Grund angeben könntest, warum du kein sagst, möglich, daß dann doch eine Vernunft darein käme! Aber, daß man so ganz eigensinnig und unvernünftig zweien jungen Leuten ihr Lebensglück abspricht, das darf ich doch nicht so ohne Widerrede hingehen lassen."

(Fortsetzung folgt.)

Hauswirtschaftliche Volksschulen.

Von Anna Blos, M. d. N.

Heute, wo wir mehr volkswirtschaftlich denken gelernt haben, sehen wir erst ein, welch ungeheure Werte in die Hände der Hausfrau gelegt sind.

So sehr wir auf der einen Seite dafür eintreten, daß den Mädchen die gleiche Schulbildung zuteil wird wie den Knaben — und weit mehr als früher haben sie darauf ein Recht, weil sie heute im Staate gleiche Rechte und Pflichten haben wie die Männer —, so sehr treten wir ein für die speziell hauswirtschaftliche Ausbildung in den Fortbildungsschulen. Diese ist um so eher durchzuführen, da ja die Verfassung die Ausdehnung des Fortbildungsunterrichtes bis zum 18. Lebensjahr vorsieht.

Wünschenswert ist ein Lehrjahr für alle schulentlassenen Mädchen im Haushaltungsunterricht, am besten in einer Tagesschule erteilt. An Hand einer von mir in Stuttgart gegründeten Versuchsschule spreche ich über den Lehrplan, mit dem wir sehr gute Erfahrungen gemacht haben.

Zunächst kamen die praktischen Fächer: Haushaltungskunde, Kochen und Waschen. Zur Haushaltungskunde gehört die Reinigung der Wohnung, Behandlung der verschiedenen Fußböden, wie Linoleum, Steinboden, Holzboden, Parkett, das Aufräumen von Schlafzimmer, Wohnzimmer, Diele, Treppenhaus, Fensterputzen, Behandlung von Besen, Putzlumpen, überhaupt allen Materials, das zur Wohnungspflege erforderlich ist. Ferner wird die Behandlung der Metalle und von Glas, Porzellan, Steingut gelehrt. Die Schülerinnen erfahren, wie man Wohnungen praktisch eingerichtet, werden in Möbelausstellungen geführt. Gerade dieser Teil des Unterrichts hat das Interesse des Württembergischen Siedlungsvereins so erregt, daß er beschlossen hat, eine ähnliche Schule als Mittelpunkt einer Siedlung ins Leben zu rufen, da es ja nicht genügt, der Hausfrau ein schönes Heim hinzustellen. Sie muß auch verstehen, wie man es erhält und pflegt.

Der Kochunterricht beginnt mit einem kurzen Vortrag über den Speisezettel, Quantität und Qualität sowie genaue Preisberechnung der erforderlichen Zutaten. Die Schülerinnen müssen selbst einkaufen, Feuer anmachen, alles vorbereiten und kochen. Das Kochen auf Gas, die Verwendung der Kochkiste, das Ausnützen der Abfälle gehören hierher, dann Backen, Einmachen, Dörren, das Führen des Haushaltungsbuches usw. Die Kochschülerinnen müssen auch servieren, Geschirr spülen und die Küche in Ordnung bringen.

Beim Waschunterricht wird die Behandlung der einzelnen Stoffe gelehrt mit Benutzung verschiedener Waschmittel, Fleckenreinigen, das Waschen mit der Hand, mit einfachen Maschinen, die praktische Einrichtung der Waschküche, ferner das Aufhängen, Rollen, Plätten der Wäsche und daran anschließend auch das Stopfen und Flicken. Heute, wo jedes Kleidungsstück einen großen Wert darstellt, ist es doppelt notwendig, daß die Hausfrau weiß, wie sie es erhält.

Zur Haushaltungslehre gehören aber auch eine Reihe theoretischer Fächer. Hierzu rechnen wir die Nahrungsmittellehre, Gesundheitslehre, Krankenpflege, erste Hilfeleistung bei Unglücksfällen im Haus, Säuglingspflege, Kinderpflege und -erziehung. Die Mädchen wissen meist nichts von den Funktionen des weiblichen Organismus. Sie müssen die Arbeiterinnenschutzgesetze, das Versicherungs- und Krankenkassenwesen kennen lernen. Sie müssen aufgeklärt werden über ihre Pflichten als zukünftige Hausfrau, Mutter und Staatsbürgerin.

In die Hauswirtschaftsschule gehört daher auch der Unterricht über Volkswirtschaft, Staatsbürgerkunde und allgemein bildende Fächer wie Literatur, Geschichte, Heimatkunde und insbesondere Naturwissenschaften.

Dieses Lehrjahr fällt in die Zeit zwischen Schulvollendung und Berufsausbildung. Der Unterricht bildet ein gutes Gegengewicht zu dem vielen Sitzen in den Schulen.

Mit der Haushaltungsschule lassen sich gleichzeitig allerhand nützliche Einrichtungen verbinden, z. B. Schulspeisung, Abgabe von Essen (auch Krankenkost), Annahme von Familienwäsche der Schülerinnen. Sehr zweckmäßig ist der Anschluß dieser Hauswirtschaftsschulen an Volkshochschulen nach dänischem Muster.

Der Stundenplan läßt sich sehr zweckmäßig noch erweitern durch Unterricht im Kleingartenbau, in Kleintierzucht usw. Es kann also der Grund gelegt werden zur weiblichen Berufsausbildung als Hausangestellte, Wäscherin, Plätterin, Näherin, Gärtnerin.

Der Hauptzweck bleibt aber immer der der Vorbereitung und gründlichen Ausbildung der künftigen Hausfrau und Mutter. Staat und Gemeinde müssen davon überzeugt werden, wie wichtig eine so gründliche Ausbildung vom volkswirtschaftlichen Standpunkt aus ist. Die erforderlichen Mittel werden sich reichlich bezahlt machen. Mehr als je ist heute die Notwendigkeit wirtschaftlicher Haushaltsführung und vernünftiger Sparsamkeit am Platze. Die Hausfrauen müssen lernen, ernstlich mit der Not des Lebens zu kämpfen, die ganze Wirtschaftsführung klug einzurichten, damit sie die Familie gesund erhalten. Wir wollen nicht nur Hausfrauen, sondern Frauen sein, die in allseitiger harmonischer Ausbildung mit vollem Verantwortungsgefühl alle Pflichten auszuüben imstande sind, die an sie gestellt werden, als Hausfrau, als Mutter und als Staatsbürgerin.

Lokales.

An die arbeitslose Arbeiterschaft der Firma Schichau!

Kollegen!

Am 2. Februar hat die Firma Schichau alle Arbeiter fristlos entlassen: wie sie sagt, wegen „Verstoßes gegen die Arbeitsordnung". Welcher Art dieser „Verstoß" ist, sagt sie nicht. Daß die gesamte Arbeiterschaft niemals eine Arbeitsordnung verletzen kann, ist außer der Firma jedem Menschen klar. Es ist also Schwindel, daß die Arbeiterschaft die Arbeitsordnung durchbrochen hat. Wir haben hier mit einer von der Firma gewollten Brotlosmachung der gesamten Arbeiterschaft zu tun.

Die Arbeiter sind alle erwerbslos.

Daher muß sich jeder Arbeiter, sobald er seine Papiere hat und nicht anderwärts Arbeit findet, auf dem städtischen Arbeitsamt arbeitslos melden, damit die städtische Arbeitsunterstützung gezahlt werden kann. Außerdem muß zum Zwecke der Zahlung der Arbeitslosenunterstützungen seitens der einzelnen Verbände

eine Eintragung in die Arbeitslosenlisten der Gewerkschaften

erfolgen und zwar beginnt diese Eintragung am Freitag, den 6. Februar, morgens 8 Uhr bis 2 Uhr nachmittags für die einzelnen Verbände in folgenden Lokalen:

Metallarbeiterverband: Maurerherberge, gr. Saal, Schüsseldamm.

Transportarbeiterverband: Maurerherberge, (unten) kleiner Saal, Schüsseldamm.

Holzarbeiterverband: 4. Damm 7, 1 Tr., Bureau.

Fabrikarbeiterverband: 4. Damm 7, 3 Tr., Bureau, Zim. 2.

Verband der Maler u. Anstreicher: 4. Damm 7, 1 Tr., Bureau Zimmer 2.

Verband der Heizer u. Maschinisten: Schichaugasse 19, Verbandsbureau.

Kupferschmiedeverband: Rammbau 30 a bei Erdt.

Schiffszimmererverband: Maurerherberge, kleiner Saal bei Transportarbeiter.

Die Mitglieder der Christl. Gewerkschaften in ihren Verbandsbureaus, ebenso die Mitglieder des H.-D. Gewerkvereins.

Die Eintragungen in die Arbeitslosenlisten müssen

bis spätestens Dienstag, den 10. Februar

beendet sein. Jeder Kollege muß bei der Meldung das Verbandsbuch abgeben.

Außerdem müssen sich die arbeitslosen Kollegen der Firma Schichau, die in Danzig wohnen, jeden zweiten Tag erstmalig am Donnerstag, den 12. Februar, sowie sie in den Vororten wohnen, zweimal die Woche, erstmalig am Freitag, den 13. Februar zur Arbeitslosenkontrolle in ihren Lokalen melden.

Die Zeit der Zahlung der Arbeitslosenunterstützungen werden besonders bekannt gegeben, ebenso evtl. Versammlungen.

Arbeiter, Kollegen! Euch ist ein schwerer und langer Kampf — ein Hungerkampf — brutal auferlegt. Haltet ihm stand! Bleibt einig und geschlossen. Laßt Euch durch nichts irre machen, noch provozieren. An Euer Einigkeit muß der an Euch verübte Gewaltakt scheitern.

J. A.: Arczynski.

Zum Kapitel der Freistaatregierung.

Die „Danziger Neuesten Nachrichten" bringen unter der obigen Spitzmarke in ihrer Nr. 28 vom 3. d. Mts., die auf „Enthüllung" zugeschnittene Mitteilung, daß die drei sozialistischen Parteien, darunter auch unsere Partei, im Sommer 1919, die Errichtung einer sozialistischen Regierung aus je drei Mitgliedern der drei Parteien als „Rat der Volksbeauftragten" mittels eines Putsches beabsichtigt hätten. Die Behauptung geht soweit, daß die leitenden Persönlichkeiten zu dem genannten Zwecke zusammengetreten seien.

Diese Nachricht ist, wenigstens soweit sie die sozialdemokratische Partei und deren leitende Persönlichkeiten betrifft, eine glatte Erfindung. Ein Spaßvogel hat die „D. N. N." genarrt oder ihr bekannter Spitzel hat irgend etwas läuten hören und daraus die „sensationelle" Nachricht konstruiert. Vielleicht aber meinen die „D. N. N." den von den Unabhängigen bei den Einigungsverhandlungen im Sommer v. Js. geforderten „revolutionären Ausschuß". Dieser aber hatte nichts mit einem Rat der Volksbeauftragten gemein. Uebrigens war dieser unabhängige Ausschuß kein Geheimnis, sondern ist von uns mehrmals in der „Volkswacht" erwähnt worden. Die „D. N. N." sind mit ihrer sensationellen Meldung eben reingefallen.

Wenn wir aber schon mal über Freistaatregierung dergleichen Art reden, dann soll den bürgerlichen Parteien nicht vorenthalten werden, daß ein bekannter Danziger, der auf einer bürgerlichen Stadtverordnetenliste ziemlich obenan steht und in bürgerlichen Kreisen viel gilt, tatsächlich im Sommer 1919 an einen unserer führenden Genossen herangetreten ist, um im fraglichen Sinne zu sondieren. Der Genosse und unsere Partei haben selbstverständlich abgelehnt.

Wir machen dem bürgerlichen Herrn selbstverständlich keinen Vorwurf wegen seiner Versuche und Unternehmungen. Seine Absichten mögen auf das Beste im Interesse des Freistaates gerichtet gewesen sein. Daß aber die „D.N.N.", die sich gern das bestinformierte Organ des Ostens nennen, trotz der tatsächlichen Vorgänge sich zu dem Angriffe auf die Sozialdemokraten hergeben, zeigt die Zuverlässigkeit dieses Blattes. Eigentlich hätte es wieder mal an die Vaterlandsverräter Kommerzienrat Hüsch in Holstein, Staatsanwalt Dorten in Köln und an verschiedene Herren im Osten erinnern sollen, die einst wütende Polenfresser und Ostmärkler waren, dann aber infolge geänderter Sachlage über Nacht Polenverehrer wurden, in Warschau dienerten und dinierten und tatsächlich in geheimen Konventikeln die Losreißung Ostpreußens von Deutschland und Anschluß deutscher Gebietsteile an Polen anstrebten. Das waren sämtlich keine Sozialdemokraten, wie wir mit deutschem Stolz feststellen, sondern Parteifreunde der anderen Seite.

„Den Kleinen fängt man, den Großen . . . !"

Zu dem vor kurzem unter obiger Ueberschrift von uns veröffentlichten Artikel geht uns unter Berufung auf § 11 des Pressegesetzes vom Polizeipräsidium folgende Berichtigung zu:

1. Es ist nicht richtig, daß der arbeitslose Eduard Mick nur ein Stück Erlenstrauch am Radaunenufer abgeschnitten hat.

Wahr ist, daß am Radaunenufer 8 Erlenbäume abgesägt sind, und daß auf eingegangene Anzeige Eduard Mick als Täter bezeichnet wurde. Eine Haussuchung ergab alsdann noch das Vorhandensein von 3 Stämmen in einer Länge von etwa 3 Metern und einer Stärke von etwa 15—20 Zentimetern.

2. Es ist nicht richtig, daß das beschlagnahmte Holz von einem Militärfuhrwerk abgefahren worden ist.

Wahr ist, daß die Abfuhr des beschlagnahmten Holzes mit dem Fuhrwerk der Sicherheitspolizei erfolgte.

3. Es ist ferner nicht richtig, daß die Gemeinde Gischkau an den Hölzern ein Eigentumsrecht besitzt.

Wahr ist, daß diese dem Magistrat Danzig gehören und demzufolge dem Holzhof am Schulterstieg zugeführt worden sind.

4. Es ist nicht richtig, daß die von der Firma Schneider an die Polizeibeamten gelieferten Kohlen markenfrei erfolgten.

Wahr ist, daß der Reviervorsteher Czech die Brennkontrollkarten und den Lieferschein für die für das Polizeirevier erhaltenen Kohlen der zuständigen Stelle abgeliefert hat.

Anmerkung der Redaktion: Der Richtigkeit unserer Meldung von der großen Menge Kohlen, die bei Herrn Fabrikbesitzer Schneider angefahren sind, und von der Falschmeldung dieses Herrn über die Zahl der in seinem Betriebe beschäftigten Personen wird in der vorstehenden Berichtigung eigenartiger Weise nicht widersprochen.

Volkstümliche Hochschulkurse. Wir verweisen auf die volkstümlichen Hochschulkurse der Technischen Hochschule, die in unserm gestrigen Anzeigenteile veröffentlicht wurden. — Die Vorträge sind allgemeinverständlichen Inhaltes und bezwecken, das allgemeine Wissen auf den verschiedensten Gebieten zu vertiefen. Den breiteren Volksschichten, für die diese Vortragsreihen in erster Linie bestimmt sind, wird der Besuch derselben daher angelegentlichst empfohlen.

Ein neuer Ehrendoktor der Technischen Hochschule. Rektor und Senat der Technischen Hochschule Danzig haben auf übereinstimmenden Antrag der Abteilungen für Allgemeine Wissenschaften, für Maschinen-Ingenieurwesen und Elektrotechnik und für Schiff- und Schiffsmaschinenbau dem Herrn Dr. A. Prandtl, ordentlicher Professor an der Universität Göttingen, die Würde eines „Doktor-Ingenieur ehrenhalber" verliehen. Die Ehrung erfolgte in Anerkennung hervorragender Leistungen auf dem Gebiet der technischen Elastizitätslehre und der Strömungserscheinungen, insbesondere seiner für die wissenschaftliche Begründung und Entwicklung der Flugtechnik bahnbrechenden Forschungen und Versuche.

Der Verkauf von Messeeintrittskarten der Danziger Messebesucher. Mit dem heutigen Tage beginnt im U. T.-Lichtspielhause, Elisabethkirchengasse 9—11, der Verkauf von Messeeintrittskarten und Messezeichen für diejenigen Danziger Geschäftsleute, die die Danziger Messe besuchen wollen. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß das Publikum zur Danziger Messe keinen Zutritt hat, da keinerlei Kleinverkauf stattfindet. Meßzeichen und Eintrittskarten werden für 5 Mk. nur an diejenigen Danziger Kaufleute verkauft, die sich durch ein amtliches Schriftstück als Inhaber eines hiesigen Geschäfts ausweisen können. Derartige Ausweispapiere sind unbedingt notwendig. Es empfiehlt sich für die Danziger, sich in den Tagen vor der Messe mit Messezeichen und Eintrittskarten zu versehen, da der Andrang der auswärtigen Messebesucher kurz vor und während der Messe sehr groß sein wird. — Im Selbstverlage des Messeamtes wird der offizielle Messekatalog herausgegeben, der nunmehr nach Abschluß der Anmeldungen in allen seinen Teilen bearbeitet wird. Der Katalog enthält ein alphabetisches Verzeichnis über 1100 Firmen und einen Anzeigenteil von über 400 Seiten. Noch ausstehende Anzeigenkorrekturen müssen sofort eingesandt, neue Anzeigenaufträge können nicht mehr entgegengenommen werden.

Aus aller Welt.

Das Millionenerbe aus Amerika.

Vor einigen Jahrzehnten war aus dem Kirchspiel St. Bertil im Bezirk Åbo in Finnland ein junger Mann nach Amerika ausgewandert, um dort sein Glück zu suchen. Das fand er auch — sofern man glauben will, daß das Glück im Erwerb irdischer Güter besteht. Er erwarb Ländereien, von denen er vermutete, daß sie Gold enthielten, fand dann auch solches, und zwar in reichem Maße. Dieser finnische Goldgräber ist nun im vergangenen Jahre verstorben und hat ein Vermögen hinterlassen, das nach dem jetzigen Kurse sechzig Millionen finnische Mark beträgt und das sich jetzt seine drei Schwestern in Finnland teilen. Alle drei sind mit Arbeitern verheiratet und leben in ärmlichen Verhältnissen.

Künstliche Milch.

In Amerika hat man ein Erzeugnis hergestellt, das nur schwer von natürlicher Milch unterschieden werden kann. Das neue Ersatzmittel wird in verschiedener Zusammensetzung hergestellt, je nachdem es für Kinder oder Erwachsene bestimmt ist. In den größeren Städten Amerikas soll es bereits vielfach angewandt werden. Die künstliche Milch wird aus Bohnen oder Erbsen hergestellt, die zu grobem Mehl ausgemahlen werden. Dieses wird dann mit Wasser vermischt, worauf es einige Stunden lang ziehen muß. Darauf wird Milchzucker, etwas Phosphat, Kalk und Olivenöl zugesetzt und das ganze zu einer Emulsion verarbeitet. Oft wird auch noch Eiweiß zugefügt. Die für Erwachsene bestimmte Milch wird aus rohem Ei mit Wasser bereitet, dem man gewöhnlichen Zucker, etwas Pflanzenöl und oft Kalkphosphat zusetzt. Wenn alle Bestandteile gut vermischt sind, erhält man ein Erzeugnis, das vollständig wie natürliche Milch schmeckt. Als Hauptvorzug dieser Milch wird der Umstand angesehen, daß sie vollkommen frei von schädlichen Keimen ist.

Bücherwarte.

Freiluftleben. Von Fridtjof Nansen. Verlag Brockhaus, Leipzig. Preis 9 Mark.

Gesundheit und Freiheit sind die lockenden Ziele, die Fridtjof Nansen in seinem soeben bei Brockhaus in Leipzig erscheinenden Buch „Freiluftleben" (geb. 9 Mk.) der am Kriege leidenden gesamten Menschheit zeigt, nicht, wie so viele Weltverbesserer, als trügerische Fata Morgana, sondern greifbar nahe. Nansen, der Mann der Tat, der zähen Energie, der Sieger über die feindlichen Gewalten des Polareises, weist uns den sicheren Weg. Er ist ein Führer, dem sich jeder mit Freuden anvertraut, an der Hand prächtiger Reiseschilderungen, in denen Nansen als Meister bekannt ist. Das Herz geht einem auf, wenn man sich mit Nansen in den schneebedeckten Bergen seiner nordischen Heimat herumtreibt unter den Kerngestalten dieser Bauern, die, gestählt im Kampfe mit einer kargen Natur, ihre Freiheit und Gesundheit nicht tauschen wollen mit dem üppigen Luxus dort unten in den engen Städten der Ebene. „Los von der modernen Kulturlüge! Zurück zur Natur!" ist die Forderung, die Nansen mit zwingender Notwendigkeit erhebt. Durch die sieben Abschnitte des Buches gewinnt der Leser auch einen tiefen, erquickenden Einblick in das warmfühlende Herz dieses Nordlandsrecken, und der köstliche Humor, der die Jagdgeschichten durchweht, macht uns ihn vollends zum Freund. Auch Exemplare der auch in unsern Alpen vorkommenden „Familie Esel" treten auf; sie sind ebenso erheiternd als abschreckend. Das „Kitschleben" der Städter, das uns Nansen mit derben Strichen malt, ist eine köstliche Persiflage auf die vor dem Kriege so viel gerühmte moderne Kultur. Die Menschen, die wir an den Grenzen des Lebens, hoch oben in den Bergen und am Rande des Polareises, kennen lernen, sind vielleicht arme Teufel, aber es sind zufriedene, ganze Männer, die sich ihres Wertes bewußt sind. Das schmucke Buch, dem der berühmte Forscher ein besonderes Vorwort auf den Weg gegeben hat, ist ein Labsal für jeden, der aus der heutigen Enge hinausstrebt und Herz und Sinn freimachen will. Vor allem die Jugend wird das Werk mit Begeisterung aufnehmen.

„Kriegsverbrecher" Sahm.

Auf der Liste der Auszuliefernden steht u. a. auch der Name des Danziger Oberbürgermeister Sahm, der als deutscher Verwaltungsbeamter in Polen sich verschiedener Uebergriffe und Vergehen schuldig gemacht haben soll.

Das Verlangen der Entente ist zweifellos auf Einwirken der Polen gestellt worden, deren Antipathie gegen den Oberbürgermeister in den verschiedensten Artikeln der polnischen Presse zum Ausdruck gekommen ist.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Fleischversorgung.

Wir erhalten folgende Zuschrift, der wir unter Vorbehalt Aufnahme gewähren:

Unsere Voreltern verzehrten vor 100 Jahren 13,6 Kilo Fleisch jährlich auf den Kopf der Bevölkerung. Wir aber verzehrten vor dem Kriege 55 Kilo. Während des Krieges sollte im allgemeinen wöchentlich 250 Gramm, das sind 13 Kilo Fleisch während des Jahres ausgegeben werden. Mit dem Schleichhandelsfleisch ist diese Menge sicher auch herausgekommen, vielleicht auch darüber. Ohne Weltkriegsnot und ohne Zuteilung aß man vor 100 Jahren — also freiwillig — nur soviel Fleisch wie wir während des Krieges. Fast alle andern Völker im Norden und Süden aßen auch vor dem Kriege erheblich weniger Fleisch wie das deutsche Volk. Unsere Voreltern waren sicher körperlich nicht schwächer und weniger gesund als wir. Diese Tatsache ist auch wissenschaftlich durchaus erklärlich. Das Eiweiß des Fleisches kann sehr gut durch das Pflanzeneiweiß ersetzt werden und das Fett durch Milch und Pflanzenöl. Es muß weiter in Betracht gezogen werden, daß das Fleisch durch Pflanzennahrungsmittel, wie Kartoffeln, Getreide und Milch, erzeugt wird und daß von diesen verfütterten menschlichen Nahrungsmitteln etwa ¾ verloren geht, wenn den Menschen statt diesen pflanzlichen Nahrungsmitteln Fleisch geboten wird.

Diese Tatsachen sollten jedem bekannt sein, der sich mit der Volksernährung zu beschäftigen hat und über sie urteilt. Aus ihnen ergeben sich einfache logische Folgerungen, die geeignet sind, unsere Ernährung zu erleichtern und zu verbessern. Es ist geradezu unverantwortlich, wenn man dem deutschen Volke nicht einmal die Kartoffeln liefert, die es zur Sättigung gebraucht, während die Kartoffeln durch Verfütterung in Fleisch verwandelt werden. Ebenso unverantwortlich ist es, wenn man dem Volke aus dem gleichen Grunde nicht ausreichend Getreide und Hülsenfrüchte liefert. Hätten wir Kartoffeln, Getreide und Hülsenfrüchte ausreichend für die Ernährung, dann würde das deutsche Volk viel beruhigter sein und in die Zukunft sehen, als wenn es in steter Sorge leben muß, ob es nicht wieder bittern Hunger leiden muß. Es ergibt sich hieraus die Folgerung, daß es falsch ist, die Tierzucht, abgesehen vom Milchvieh, künstlich hochzuhalten und hochzubringen, weil man dadurch künstlich die Hungersnot hervorruft.

Man sollte endlich zu der Vernunft kommen, daß die große Ernährungsfrage nicht lauten darf: „Was schmeckt mir besser und behagt mir mehr?", sondern: „Wie kann ich mich sicher vor Hunger schützen und mich ausreichend ernähren und körperlich wie geistig gesund und frisch erhalten?" Dann ist die richtige Beantwortung der Frage nicht schwer.

Der Herr im Kartoffelbereich.

Skandalöse Zustände herrschen beim Kartoffelverkauf des Herrn Nußmann, Poggenpfuhl. Seit längerer Zeit waren dort wieder Kartoffeln zu haben. Von 8 Uhr früh standen die Käufer in langen Reihen auf der Straße, um die jetzt zur Delikatesse gewordene Knollenfrucht in Empfang zu nehmen. Gegen 11 Uhr wollte Herr N. mit dem Verkauf beginnen. Als gegen Mittag das Fuhrwerk mit der begehrten Ladung angekommen war, wurden etwa 15 Zentner abgeladen und der Rest zu den Wiederverkäufern gebracht. Als dieses geschehen, hofften die geduldig harrenden Käufer, daß nun mit dem Verkauf begonnen würde. Herr N. erklärte aber: „Jetzt müssen wir erst Mittag machen, denn wir haben den ganzen Vormittag nichts gegessen. Außerdem muß das Pferd gefüttert werden." Einer Frau, die ihn bat, ihr doch ihre paar Pfund Kartoffeln zu geben, da sie ein krankes Kind allein zu Hause liegen habe, erwiderte der Menschenfreund, darauf könne man jetzt keine Rücksicht mehr nehmen. Als nach Verlauf etwa weiterer 1½ Stunden der würdige Herr N. sich für den Kartoffelverkauf genügend gestärkt und auch für sein Roß gesorgt hatte, wurde endlich mit dem Verkauf begonnen, der gegen 3 Uhr sein Ende erreichte.

In dieser Reihenfolge wickelt sich hier jede Kartoffelverteilung ab. Sollte es Herrn N. mit seinen drei erwachsenen männlichen Hilfskräften nicht möglich sein, die Arbeit so einzuteilen, daß eine schnellere Verteilung möglich ist?

Man kann die Empörung nachfühlen, welche sich der Hausfrauen bemächtigt. Ihren häuslichen Pflichten entzogen, bringen sie fast den ganzen Tag auf der Straße zu. Mit hungrigem Magen in dürftiger Bekleidung sind sie bei diesem schlechten Wetter Rheumatismus, Influenza und anderen Krankheiten ausgesetzt. Hier fragt niemand, ob die Familie ihre Mahlzeiten regelmäßig erhält.

Sache des Magistrats müßte es sein, diesen säumigen Händlern das Handwerk zu legen. Die lächerlich geringe Menge von drei Pfund Kartoffeln pro Kopf und Woche, von denen noch ein großer Prozentsatz erfroren oder faul ist, reicht natürlich nicht aus. Die „amerikanischen" Erbsen, welche trotz unendlich langen Kochens bei der Knappheit des Heizmaterials nicht weich zu bekommen sind, sind kein „Kartoffelersatz". Warum werden andere Orte besser beliefert (Oliva beispielsweise mit 5 Pfund)? Es war dem Magistrat doch möglich, vor kurzem den ganzen Winterbedarf seiner Beamten auf einmal zu decken. Es wäre wünschenswert, daß für die anderen Bürger auch etwas rühriger gesorgt würde.

Die Beleuchtungsindustrie auf der Danziger Messe.

Die erste Danziger Frühjahrsmesse hat einen erfreulichen Entwicklungsgang zu verzeichnen. Wir gewahren in Danzig dasselbe Bild, das wir im Oktober vorigen Jahres in Frankfurt a. M. sahen. Die Industrie lehnt die Messebestrebungen der einzelnen Handelsstädte und besonderen Handelszentren keineswegs ab, wie man von gewisser Seite immer glauben machen will, sondern die rege Beteiligung der Industrie an der kommenden Danziger Messe läßt gerade auf das Gegenteil schließen. Ebenso wie Frankfurt a. M. das große Einfuhrtor im Westen darstellt, kann Danzig als das Ausfuhrtor im Osten angesprochen werden. Dazu kommt die Vergangenheit Danzigs, das von jeher der Mittelpunkt des Handels im Nordosten des Reiches war und das neuerdings auf dem besten Wege ist, sich ähnlich wie Frankfurt a. M. zu einem Zentralmarkt zu entwickeln, dessen grundsätzliche Bedeutung dem Osten zuneigt. Die Tatsache, daß die Danziger Messen den Schlüssel für den langsam wiedererwachenden Handel mit dem Osten darstellen, weiß die Industrie wohl zu würdigen. Wir sehen denn auch auf der Danziger Messe eine große Zahl der Firmen wieder, die auch auf der ersten Frankfurter Messe vertreten waren und die alle von den Danziger Messen eine rasche Wiedererstarkung der Handelsbeziehungen zu dem Osten erhoffen.

War schon in Frankfurt a. M. die Beleuchtungsindustrie eine der ersten Industrien, die den Messegedanken mit Energie aufgriff und an seiner Verwirklichung erfolgreich mitarbeitete, so ist diese rührige Industrie auch auf der Danziger Messe würdig vertreten. Ein flüchtiger Blick auf das umfassende Gebiet der künstlichen Beleuchtung zeigt uns, daß hier die Energieausnutzung noch wesentlich vervollkommnet werden kann. Auf dem Gebiete der Innenbeleuchtung gilt dies in erster Linie für die Beleuchtung von Bureaus, Fabriken und Werkstätten. Aber auch die elektrische Heimbeleuchtung wird sich den neueren Gesichtspunkten der Beleuchtungstechnik anpassen müssen. Nicht minder wichtig ist die Beleuchtung größerer Innenräume. In welcher Weise diese Aufgabe gelöst werden kann, zeigt die Beleuchtung der einzelnen Meßhäuser, in denen halbindirekte Beleuchtungskörper der lichttechnischen Spezialfabrik Dr. Ing. Schneider und Co. in Frankfurt a. M. zur Anwendung gekommen sind. Die mit diesen Beleuchtungskörpern erzielte Beleuchtung entspricht sowohl in lichttechnischer wie auch in augenhygienischer Beziehung allen Anforderungen der Neuzeit. Die Platzbeleuchtung hat neuerdings infolge der Einschränkungen des Verbrauchs elektrischer Energie vielfach zu einer Bevorzugung elektrischer Tischlampen mit lichttechnisch richtig durchgebildeten Reflektoren geführt, deren typische Vertreterin die bekannte Horaxlampe ist. Die horizontale Lagerung der Lichtachse bei dieser Lampe hat Anlaß zur Kennzeichnung dieses Lampentyps mit Horax gegeben. Neben das Gesamtgebiet der Innenbeleuchtung tritt das Gebiet der Außenbeleuchtung, dessen wichtigste Untergruppe zurzeit die Straßen- und Verkehrsbeleuchtung ist. Auch hier haben Technik und Industrie bedeutsame Neuerungen geschaffen, die teilweise sogar erst während des Krieges entstanden sind. An die Stelle von ausgesprochenen Tiefstrahlern sind Breitstrahler getreten, die wie z. B. die Diopter-Armatur (Klarglasglocken mit prismatischen Rillen) Lichtverteilungskurven aufweisen, deren Maximum in einem Winkel von 20 Grad unterhalb der Wagrechten liegt. Letzten Endes kommen auch noch eine Reihe von Sondergebieten in Frage, auf denen uns die Kriegsjahre wichtige Fortschritte gebracht haben. Es sei an dieser Stelle nur an die Beleuchtung von Gruben, Eisenbahnsicherungsanlagen, Schiffen, feuergefährlichen Räumen, Operationssälen usw. erinnert.

Die Industrie hat es sich zur Aufgabe gemacht, auf den Messen einem breiteren Publikum Bilder ihrer Leistungsfähigkeit auf den einzelnen Gebieten zu vermitteln. Darüber hinaus gilt es besonders, das Vertrauen des Auslandes auf unsere technische und industrielle Ueberlegenheit zurückzugewinnen. In welcher Weise diese Aufgabe in Danzig Erfüllung gefunden hat, wird die Messe selbst lehren müssen. Doch darf schon heute mit Befriedigung festgestellt werden, daß einzelne Industrien, darunter auch die Beleuchtungsindustrie, alles daran setzen, um in Danzig würdig vertreten zu sein. Es kann natürlich nicht erwartet werden, daß die Danziger Musterschau uns lückenlose Uebersichten bringen wird, wie dies vielleicht in Leipzig oder auch in Frankfurt a. M. der Fall ist. Vielmehr werden wir einzelne Ausschnitte aus Technik und Industrie sehen, und es sollte Aufgabe der Messeleitung sein, diese Sondergebiete zu pflegen und zu vervollkommnen. Nicht die Organisation einer Ostmesse im Gegensatz zur Westmesse in Frankfurt a. M. sollte das Ziel der Danziger Messeleitung sein, sondern der Ausbau der Danziger Messen zu einer Fachveranstaltung, sowohl in Bezug auf Fachgebiete wie auch auf Qualität.

Wieder Kohlen. In Danzig sind mehrere Wagen Kohlen eingegangen, so daß der Bedarf des Elektrizitätswerks für die nächsten Tage gesichert ist.

Schnellzugverkehr Danzig—Berlin. Der gesamte D-Zugverkehr Königsberg—Berlin wird jetzt über Danzig—Stolp geleitet. Es fahren die Züge ab Berlin (Stettiner Bahnhof) 7.54 morgens und 5.52 bezw. 6.10 nachmittags. Sie kommen in Danzig an 5.43 nachm. bezw. 3.44 und 4.12 morgens. Die Züge fahren von Königsberg ab 8.45 morgens und 7.35 abends, ab Danzig 12.38 mittags und 11.00 bezw. 11.52 abends. Sie treffen in Berlin (Stettiner Bahnhof) ein um 11.30 abends, bezw. 9.02 und 9.42 vormittags.

Technische Hochschule. Die in letzter Zeit umlaufenden Gerüchte, wonach an der Danziger Hochschule verbrachte Semester oder abgelegte Prüfungen in Preußen oder im Reiche nicht angerechnet werden, entbehren, wie uns von zuständiger Seite mitgeteilt wird, jeder Begründung. Solange die Hochschule als deutsche Unterrichtsanstalt bestehen bleibt — und das wird aller Voraussicht nach recht lange sein — wird nach den von maßgebender Stelle gemachten Zusicherungen das an ihr abgelegte Studium stets dem an den deutschen Schwesteranstalten als gleichwertig angesehen werden.

Die Pakete bleiben aus. Die Verbindung mit Ostpreußen ist nach einer Meldung aus Berlin für gewöhnliche und Wertpakete infolge der Unterbrechung des Eisenbahnverkehrs vorläufig unsicher, weil sie mit dem Schiff erfolgen muß, auf denen nur beschränkte Laderäume zur Verfügung stehen. Deshalb wird dem Publikum geraten, in nächster Zeit möglichst von der Ablieferung der in Betracht kommenden Pakete abzusehen. Die Annahme kann nur auf Gefahr des Absenders hin erfolgen. Nach dem Freistaat Danzig werden gewöhnliche und Wertpakete vorläufig nicht angenommen.

Taschendiebstähle in den Straßenbahnwagen. Eine Dame stieg in diesen Tagen in einen Straßenbahnwagen nach Langfuhr ein und mußte durch den Vorderraum hindurch, der wie üblich festgeteilt voll war, während sich im Wagen noch Platz bot. Beim Hindurchdrängen ist ihr aus der Manteltasche ein Portemonnaie mit 400 Mark Inhalt gestohlen worden. Sie hatte vor dem Einsteigen das Geld noch bei sich und vermißte es, als sie die Fahrkarte bezahlen wollte. In dem Vorderraum standen Personen, die sich über den Diebstahl lustig und sich dadurch verdächtig machten. Sie stiegen auf der nächsten Haltestelle aus. Die Taschendiebe machen sich das Gedränge im Straßenbahnwagen zunutze. — Es muß zur größten Vorsicht gemahnt werden. Man sollte sein Geld so unterbringen, daß der Zugriff den Taschendieben nicht so leicht gemacht wird.

Wilhelmtheater. Aus dem Theaterbureau wird geschrieben: Am kommenden Freitag geht die „Dollarprinzessin" in neuer Einstudierung und glänzender Ausstattung zum ersten Male wieder in Szene. In den Hauptrollen sind die Damen Blom, Pohl, Köhn, Lindner, die Herren Becker, Robert, Wagner, Wilhelmi und Hansen beschäftigt. — Um irrigen Annahmen vorzubeugen wird darauf hingewiesen, daß der für kommenden Sonnabend angesetzte Bühnenball des Chor- und Ballettpersonals in der Sporthalle auf die Vorstellung im Wilhelmtheater keinen Einfluß hat. Am Sonnabend geht hier unter Mitwirkung des gesamten Orchesters der Schwank „Die spanische Fliege" in Szene, die auf vielseitigen Wunsch nochmals auf den Spielplan gesetzt wurde.

Gerichtsecke.

Urkundenfälschung. Der Landwirt Ferdinand K. in Turse war auf dem dortigen Gut als Inspektor angestellt. Der Gutsbesitzer hatte in Danzig ein Bankkonto, was K. bekannt war. Er fälschte sich eine Bescheinigung des Gutsbesitzers, nach der er von dessen Konto 500 Mark abheben sollte, um eine Rechnung auf der Gasanstalt zu bezahlen. Auf die gefälschte Quittung erhielt er auch das Geld und unterschrieb mit dem Namen Krause. Die Sache blieb zunächst unentdeckt, und das ermutigte K. Er ging nach einigen Tagen wieder auf die Bank und versuchte nun in der gleichen Weise 2000 Mark abzuheben. Die Bank war nun aber unterrichtet; sie hatte inzwischen erfahren, daß die 500 Mark von einem Schwindler abgeholt worden waren. K. wurde bei seinem Wiedererscheinen erkannt und sofort festgenommen. Jetzt stand er vor der Strafkammer. Das Gericht verurteilte ihn wegen Urkundenfälschung und Betruges in zwei Fällen zu einem Jahr Gefängnis.

Unerlaubte Schwarzschlächterei. Der Maurer Max M. in Langfuhr schlachtete ein Schwein, ohne die Hausschlachtung anzumelden. Das Schöffengericht verurteilte ihn deshalb zu einer Geldstrafe von 150 Mark.

Wenn der Ehemann auf Abwegen ist. Die Arbeiterfrau Auguste L. in Ohra hatte sich vor dem Schöffengericht wegen Sachbeschädigung zu verantworten. In der Nacht zum 4. 11. 19 bemerkte sie, wie ihr geliebter Mann einer Frau Berta B. einen nächtlichen Liebesbesuch abstattete. Daß die Angeklagte hierüber nicht sehr entzückt war, kann man sich denken. Sie führte eine Störung dieses Besuchs dadurch herbei, daß sie der Nebenbuhlerin 12 Fensterscheiben im Werte von 80 Mark einschlug. Für diese selbstverschaffte Genugtuung wurde sie zu 20 Mark Geldstrafe wegen Sachbeschädigung verurteilt.

Polizeibericht vom 5. Februar 1920. Verhaftet: 9 Personen, darunter 6 wegen Diebstahls und 3 in Polizeihaft. — Gefunden: 1 Kindermütze, abzuholen aus dem Fundbureau des Polizeipräsidiums.

Wasserstandsnachrichten am 5. Februar 1920.

	gestern	heute		gestern	heute
Thorn	+1,74	+1,60	Pieckel	+1,91	+1,87
Fordon	+1,62	+1,72	Dirschau	+2,38	+2,28
Culm	+1,60	+1,68	Einlage	+2,30	+2,48
Graudenz	+1,80	+1,86	Schiewenhorst	+2,40	+2,64
Kurzebrack	+2,28	+2,26	Wolfsdorf	—0,16	—0,06
Montauerspitze	+1,79	+1,72	Anwachs	+0,71	+0,83

Weichsel: Von Schillno bis zur Mündung ganz schwaches Eintreiben bezw. in ⅓ der Strombreite. Eis treibt nördlich gut in See ab.

Nogat: Eisdecke

Standesamt.

Todesfälle: S. des Schlossergesellen Bernhard Kramer, 1 J. 8 M. — Privatiere Marie Rednitz, 76 J. 9 M. — Witwe Marie Riegel geb. Makowski, fast 79 J. — Witwe Auguste Schott geb. Muschilewski, 68 J. 8 M. — Arbeiter Ernst Alfred Weigle, 26 J. 1 M. — Bankdirektor Leo Schulz, [illegible] J. — [illegible] Albert Stach, fast 71 J.

Aus dem Freistadtbezirk.

Stutthof. Am 1. d. Mts. fand auch hier die Gemeindevorsteher- und Schöffenwahl statt. Der bisherige Gemeindevorsteher Carl wurde wiedergewählt. Schöffen wurden die Gemeindevertreter Preuß, Schöler, Beker und der bisherige Schöffe Willms.

Aus dem deutschen Osten.

Schneidemühl. Die Mittäter an dem Eisenbahnunglück bei Stoewen, die beiden Russen Wohrazil und Jasinski, sind am Montag in Kaiserswalden von polnischen Gendarmen festgenommen und dem Amtsgericht Wirsitz übergeben worden. Der Haupttäter Perleberg wird vermutlich am Sonnabend bereits vor dem hiesigen Schwurgericht abgeurteilt werden.

Aus Polen.

Einschränkung des Personenverkehrs in Polen.

Das polnische Eisenbahnministerium in [illegible] den Eisenbahnverkehr für Privatpersonen in folgender Weise eingeschränkt: Es erhalten nur diejenigen Personen Fahrkarten, die sich durch eine Bescheinigung des Gemeindevorstandes ihres Wohnortes, daß ihre Reise unumgänglich notwendig ist, ausweisen. Die Posensche Eisenbahndirektion hat nicht so weitgehende Einschränkungen eingeführt. Dort werden so viel Fahrkarten verkauft, als Plätze in dem betreffenden Zuge vorhanden sind. Personen, die das ehemals preußische Gebiet verlassen wollen, müssen sich mit einer entsprechenden Bescheinigung des Gemeindevorstandes (Polizeipräsidiums) versehen, weil sie sonst für die Rückreise von Warschau oder einem anderen Ort keine Fahrkarten erhalten.

Briefkasten.

Schüler, Stutthof. Da wir nicht erneut den erledigten Punkt aufrollen möchten, müssen wir den zweiten Teil des Schreibens v. 1. d. Mts. leider ad acta legen. D. Red.

Verantwortlich für den politischen Teil Ernst Loops, für den unpolitischen Tagesteil und die Unterhaltungsbeilage Kurt Lehmann, für die Inserate Bruno Ewert, sämtlich in Danzig. Druck und Verlag J. Gehl & Co., Danzig.

Aus aller Welt.

Der letzte sächsische Scharfrichter.

Nachstehende Notiz entnehmen wir der Freiberger „Volkszeitung“:

„Der letzte sächsische „Landesscharfrichter“, so ist der offizielle Titel des sächsischen Scharfrichters Moritz Brandt in Neuhohenlinde bei Oederan, ist jetzt in den „Ruhestand“ getreten, und wenn die Todesstrafe auch nicht offiziell aufgehoben ist, so dürfte er der letzte Scharfrichter in Sachsen sein, der seines Amtes gewaltet hat, denn in dem republikanischen Freistaat Sachsen wird in Zukunft die Todesstrafe nicht mehr vollstreckt werden. — Der letzte sächsische Scharfrichter Moritz Brandt steht im 75. Lebensjahre, er konnte dieser Tage das seltene Fest seiner goldenen Hochzeit begehen. Genau wie in früheren Zeiten hat sich das Scharfrichteramt von Generation auf Generation vererbt und so entstammt auch Brandt einer alten Scharfrichterfamilie. Fast 40 Jahre sind es her, daß er das Amt von seinem Vater, bei dem er bis dahin Gehilfe gewesen war, übernommen hat.

Scharfrichter Brandt war übrigens nicht nur für Sachsen, sondern auch für die thüringischen Staaten und für Hessen angestellt, aber auch nach Bayern und Württemberg wurde er öfters zur „Aushilfe“ geholt. Er bezog ein festes Gehalt von 800 Mark, außerdem erhielt er für jeden Hinrichtungsakt 150 Mk. Für seine beiden Gehilfen, von denen der eine sein Sohn, der andere sein Schwiegersohn ist, erhielt er je 50 Mk. Sein treuer Begleiter, mit dem er in seiner fast 40jährigen Dienstzeit schon so manche „Hinrichtungsfahrt“ gemacht hat, war der Spediteur Heine, dem die Aufstellung und Beförderung des Hinrichtungsgerüstes, das sich im Dresdner Landgerichtsgebäude befindet, oblag. — Scharfrichter Brandt hat in seiner 40jährigen Tätigkeit gegen 70 Hinrichtungen vollzogen. Die von ihm ausgeführten Enthauptungen sind immer ruhig und programmäßig verlaufen, außer einer im Jahre 1912 in Dresden vollzogenen Hinrichtung, wo der zum Tode verurteilte Mörder Kühler bei seiner Enthauptung sich verzweifelnd vor der Guillotine wehrte.

Man ist im ersten Augenblick überrascht, wenn man den Landesscharfrichter vor sich sieht. Anstatt eines großen, robusten Menschen sieht man einen kleinen, schmächtigen Mann, unter der Last des Alters gebeugt, dessen Gesicht ein weißes, struppiges Bärtchen umschließt. Es ist ihm wenig angenehm, über sein Amt zu sprechen. Weder er noch seine Gehilfen vermögen eine gewisse Scheu davor nicht zu überwinden. — In seinem Heimatdorfe, in Neuhohenlinde bei Oederan, da weiß man wenig von seiner „Nebenbeschäftigung“, da ist er nur der „Kärrner und ehemalige Pferdeschlächter Brandt“. Mit mehreren Kühen und zwei Pferden bewirtschaftet er da sein Gütchen. Nunmehr gehört der letzte Scharfrichter von Sachsen wohl der Vergangenheit an.

Wie ein französischer Präsident gewählt wird.

Das Volk hat in der Republik Frankreich bei dem wichtigen Vorgang der Präsidentenwahl nichts mitzusprechen. Da die Pariser Politiker sich bei der Festsetzung des Oberhauptes vor Ueberraschungen schützen wollten, so wurde in der Verfassung vom 16. Juli 1875 bestimmt, daß der Präsident nicht aus Volkswahlen hervorgehen soll, sondern daß Senat und Kammer gemeinsam als „Nationalversammlung“ ihn in Versailles mit der absoluten Mehrheit ihrer 897 Stimmen wählen sollen. Am Wahltag fahren daher die Senatoren und Abgeordneten in einem langen Wagenzug nach Versailles, und hier findet zunächst ein feierliches „Frühstück“ statt. Dieses Frühstück zeichnet sich weniger durch gutes Essen als durch aufgeregte Unterhaltungen aus, denn in dieser Stunde kurz vor der Wahl werden die letzten Befehle der Parteiführer ausgegeben, und so mancher vorher gefaßte Beschluß wird noch umgestoßen. Der Wahlakt selbst vollzieht sich ziemlich schnell und in recht uninteressanter Form. Im großen Saal des Versailler Schlosses vereinigen sich die Abgeordneten und Senatoren, während auf der Galerie das diplomatische Korps und die Presse Platz nehmen. Ein Saaldiener bringt die Wahlurne, die vor dem Sitz des Präsidenten aufgestellt wird. Dann verkündet der Präsident den Beginn des Wahlaktes. Einer seiner Schriftführer hat einen Korb mit Holzkugeln neben sich, ein anderer eine Art Schachtel, in der sich so viele Abteilungen befinden, als Kandidaten vorhanden sind. Jeder Wähler steigt nun die Stufen zum Sitze des Präsidenten empor, wirft einen Zettel mit seinem Namen in die Urne und die erhaltene Kugel in die Schachtel. Beim Auszählen muß dann die Zahl der Zettel mit der der Kugeln übereinstimmen. Als bei der Wahl von Felix Faure einem Wähler die Kugel wegrollte und sich nicht wiederfinden ließ, mußte der ganze Wahlakt von neuem erfolgen, da der Ausgang der Wahl von einer einzigen Stimme abhängen kann. Während dieser eintönigen Wahlvorgänge plaudert und lacht alles durcheinander; Stille und Aufmerksamkeit treten erst ein, wenn die Glocke des Präsidenten die Verkündigung des Wahlergebnisses anzeigt.

Am Mittwoch, nachts, verstarb unerwartet im Eisenbahnzug auf der Fahrt nach Berlin, mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater, Bruder und Onkel, das Mitglied der Preußischen Landesversammlung,

Kassenrendant

Eugen Sellin

an seinem 55. Geburtstage.

Danzig, den 4. Februar 1920.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Tag der Bestattung wird noch bekannt gegeben. (353

Sozialdemokratischer Verein Danzig-Stadt.

Plötzlich und unerwartet verstarb am Dienstag abend der Mitbegründer und langjährige Vorsitzende des Vereins

der Landtagsabgeordnete

Eugen Sellin.

Ein unermüdlicher Vorkämpfer und tatkräftiger Mitarbeiter unserer Sache ging mit ihm dahin. Seit 1886 Mitglied der Partei, verkörpern sich in dem Verstorbenen einige Jahrzehnte der Entwickelungsgeschichte der Danziger Arbeiterbewegung. Mit zäher Ausdauer bearbeitete er nicht nur den Boden seiner Vaterstadt, auch in der Provinz hat er in unablässiger Pionierarbeit die ersten Keime der Parteibewegung setzen und pflegen helfen.

Erst spät hat er die Erfolge seiner jahrzehntelangen Arbeit heranreifen sehen. Als ihm im Januar 1919 das Vertrauen der westpreußischen Wähler das Mandat zur verfassunggebenden preußischen Landesversammlung übertrug, war er in seiner parlamentarischen Arbeit unermüdlich, um die Interessen seiner Wähler zu vertreten. Auf der Fahrt zur Tagung des Parlaments schloß sein arbeitsreiches Leben

Ehre seinem Andenken!

In seiner Unermüdlichkeit für unsere Sache wird er uns stets ein leuchtendes Vorbild bleiben.

Der Vorstand.

Zeit und Stunde der Beerdigung wird noch bekannt gegeben.

Plötzlich und unerwartet riß der Tod unseren Kameraden

Eugen Sellin

aus unseren Reihen. In 33jähriger ununterbrochener Mitgliedschaft stand er in vorderster Reihe als leuchtendes Beispiel der jüngeren Kameraden.

Wir verlieren in dem Verstorbenen einen der Besten unter uns.

Zentralverband der Zimmerer

Zahlstelle Danzig. (351

Depolecin
Lecithin - Eisen - Eiweis in Tablettenform.
Hervorragendes Nähr- u. Kräftigungsmittel
Aerztlich empfohlen
Allein echt in Kartons à 6,00 Mk. (214
Adler - Apotheke
Tel. 1794 **Ohra** Tel. 1794

Volksfürsorge,
Gewerkschaftlich-Genossenschaftliche Versicherungs-Aktiengesellschaft
Günstige Tarife für Erwachsene und Kinder.
Kein Policenverfall.
— **Sterbekasse.** —
Auskunft in den Bureaus der Arbeiterorganisationen und von der
Rechnungsstelle 16 Danzig
Bruno Schmidt, Mattenbuden 35.

Stottern
heilbar durch Sprech- und Atemübungen! Nur die Angst ist zu beseitigen. Wie? — Auskunft gibt O. Hausdörfer, Breslau I F. 76.

Deutscher Metallarbeiterverband

Verwaltungsstelle Danzig.

Branchenversammlungen!

Bau- und Kunstschlosser.

Am Donnerstag, den 5. Febr., abends 6 Uhr, Maurerherberge.

Elektromonteure.

Am Sonntag, den 8. Febr., vormittags 10 Uhr, Tischlergasse 49.

Heizungsmonteure und Helfer.

Am Sonnabend, den 7. Febr., abends 6 Uhr, nicht Breitgasse 88, sondern Maurerherberge, Schüsseldamm

(350 Die Ortsverwaltung.

Amtliche Bekanntmachungen.

Der Unterricht in der

Handwerker- und Fortbildungsschule

(Hauptgebäude an der großen Mühle)

wird **Montag, den 9. Februar 1920,** wieder voll aufgenommen.

Jaffe,
Stellvertretender Direktor.

Oliva.

Auslandsschweinefleischverkauf.

Die Provinzialfleischstelle für die Provinz Westpreußen hat hierher mitgeteilt, daß ihr Auslandsschweinefleischprodukte nicht mehr zur Verfügung stehen. Auslandsschweinefleisch kommt deshalb bis auf weiteres nicht mehr zur Verteilung.

Oliva, den 3. Februar 1920.

Der Gemeindevorsteher.
J. V.: Scheffler.

Verteilung von Peluschken.

Auf Marke 12 der Lebensmittelkarten kommen Peluschken zur Verteilung. Die Bezugsabschnitte der vorbezeichneten Marke sind sofort spätestens bis Sonnabend, den 7. Februar 1920 bei den hiesigen Kaufleuten abzugeben.

Der Verkauf der Peluschken an die Verbraucher findet von Donnerstag, den 12. d. Mts. ab gegen Abgabe der Quittungen über den Bezugsabschnitt 12 statt. **Jeder erhält ein halbes Pfund Peluschken.** Der Kleinverkaufspreis beträgt 2,20 Mk. für das Pfund. Wer die ihm zustehenden Peluschken bis Freitag, d. 13. d. Mts., nicht abgeholt hat, verliert das Anrecht darauf.

Oliva, den 4. Februar 1920.

Der Gemeindevorsteher.
J. V.: Scheffler.

Stadttheater Danzig.

Direktion: Rudolf Schaper.

Donnerstag, den 5. Februar 1920, abends 6 Uhr
Dauerkarten A 1.
Zum 1. Male.
Bildschnitzer
Eine Tragödie braver Leute von Karl Schönherr
Hierauf: Zum 1. Male.
Kindertragödie
in 3 Akten von Karl Schönherr.

Freitag, den 6. Februar 1920, abends 6 Uhr
Dauerkarten B 1.
Madame Butterfly
Tragödie einer Japanerin von Illica u. Giakosa. Musik von Giacomo Puccini.

Sonnabend, den 7. Februar 1920, abends 6 Uhr
Dauerkarten C 1.
Die lustigen Weiber von Windsor
Komisch-phantastische Oper in 3 Akten von Nicolai.

Sonntag, den 8. Februar 1920, nachm. 2 Uhr
Ermäßigte Preise.
Frau Holle
Weihnachtsmärchen mit Tanzeinlagen.
Abends 6 Uhr.
Zum 1. Male
Peer Gynt
Dramatisches Gedicht von Henrik Ibsen mit der Griegschen Musik.

Wilhelm-Theater

Besitzer Kommissionsrat Hugo Meyer.
Bühnenleitung Willy Kossmann.

Donnerstag, den 5. Februar, abends 6½ Uhr:
Schwarzwaldmädel
Operette in 3 Akten von Leo Fall.

Freitag, den 6. Februar, abends 8½ Uhr:
Zum ersten Male.
Die Dollarprinzessin.

In Vorbereitung: **Kleine Hoheit.**

Vorverkauf täglich von 10—3 Uhr bei Bruno Kodlin, Langermarkt 23.

Vorverkauf benutzen!

K. K. B.
GROSSE ALLEE 10
K. K.-Bühne

Kaffee Konietzko-Bretll und Bar

Besitzer und Direktor: **Hermann Konietzko.**

Das erste Programm mit Kräften erster Bühnen:

Max Pettini vom Wintergarten Berlin ‖ **Lucie Berber** Linden-Kabarett Berlin

Der bekannte Filmschauspieler **Harry Lambertz-Paulsen** Apollo-Th. Berlin

Trude Kurtze Liebich-Theater Breslau ‖ **Gerda Arnhoff** Kabar. Schwarzer Kater Berlin

Pettini und Partnerin ‖ **Grete und Gerd Ollendorf**

William Francis ‖ **Daniela de Mayo** Madrider Hofoper

Doppel-Streich-Kunst-Quartett (Besetzung einzig in Danzig)

Eintrittspreis des K. K. Bretll: Wochentag nachmittags: 4 Uhr-Kaffee Eintritt frei! Sonntag nachmittags: 4 Uhr-Kaffee mit Vorträgen Mk. 4.—. Abends 7 Uhr: Mk. 8.— u. 10.—.

On parle français. English spoken. Mówia po polsku (329

Neuerscheinung

NEUE SAAT

Gedichte von Kurt Klaeber.

Preis Mk. 1.50

Ein Arbeiter, der mit uns denkt und fühlt, ein Arbeiterdichter tritt mit diesem Werkchen vor die breite Oeffentlichkeit. Kein Versemacher, sondern ein Dichter, der die innere Berufung in sich fühlt. Das Büchlein ist durchweht von glühender Liebe zur Freiheit. Es ist so recht geeignet uns zu läutern und zu stärken im Kampfe der Arbeit mit dem Kapital, es ruft zur Einigkeit aller Schaffenden.

Buchhandlung „Volksstimme“

Am Spendhaus 6 und Paradiesgasse 32.

U.T
Lichtspiele
am Hauptbahnhof.

Vom Freitag, den 6. bis Donnerstag, den 12. Febr.

Der V. Teil

des großen **Mia May**-Fortsetzungs-Film-Cyklus

Die Herrin der Welt

„Ophir“, die Stadt der Vergangenheit

Das Riesenfilmwerk steigert sich von Akt zu Akt, der Zuschauer kommt aus dem Staunen und der Bewunderung nicht mehr heraus.

Vorführungen:
Wochentags: 3, 5 und 7¼ Uhr.
Sonntags: 2³⁰ 4¹⁵ 5⁴⁵ 7³⁰ „

Achtung!
Wegen des großen Andranges empfehlen wir dringend den Besuch der ersten Vorstellung. Es ist unvermeidlich, daß später kommende auf Plätze warten müssen.

Kleiner, eiserner Ofen

zu kaufen gesucht.

Offerten an die

„Danziger Volksstimme“,

Am Spendhaus 6.

Rathsfeldsches Pulver
stoffwechselbeförderndes Blutreinigungs-Pulver seit altersher erprobt und mit Erfolg angewandt bei Gicht u. Rheuma, Magen-Verdauungsbeschwerden, Nieren- und Blasenleiden, Flechten- und Hautunreinlichkeiten, Hautjucken, Hämorrhoiden und Leberleiden. Schacht. Mk. 4.—. Fabrikant und Vertrieb Apotheker Draesel, Erfurt. Zu haben in Danzig in der Engel-Apotheke u. der Bahnhofs-Apotheke. (6023

Brennholz
markenfrei zu verkaufen.
F. Mathesius,
Ohra. Teleph. 992. (272

Bibliothek der freien Gewerkschaften,
Kalkgasse 8
Geöffnet Montags, Mittwochs und Sonnabends von 6 bis ½8 Uhr
Den Mitgliedern der freien Gewerkschaften zur unentgeltlichen Benutzung empfohlen
Ausweis: Mitgliedskarte oder -Buch

Nähmaschinen-
reparaturen rasch u. billig
Bernstein & Comp.,
Langgasse 50. (8249

Ein gut erhaltener, zweiflammiger
Petroleumkocher
verkauft (†
G. Tessner, Plappergasse 5.

Gesticktes antikes
Bettlaken
verkauft (†
A. Schöler, Stutthof.

Alte Schuhe, Stiefel u. Schäfte kauft
F. Piek, (352
Langental, Radeskamp 12.